

Veröffentlichung außerhalb des
deutschen Ausland-Instituts
Danzig

W

Die Haltung des Senats
Präsident Greiser über Genf
Wie wären
die Wahl-Aussichten?
Die Aufhebung
des Ehrenschutzes

DANZIGER

Volkstimme

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Im Spandauer & Herrnhuterstrasse der Geschäftsleitung 287 08, Schriftleitung 215 00. Bezugspreis monatlich 3.- G.
in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3.- G. monatlich; für Kommereellen 5.- G. - Porto. Anzeigen: 1 mm 0,18 G.
Reklamen: 1 mm 0,80 G.; in Deutschland 0,16 u. 0,50 Goldmark. - Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tarif.
27. Jahrgang **Wittwoch, den 29. Januar 1936** Nr. 24

Präsident Greiser über Genf - Wie wären die Wahlaussichten?

Die Haltung des Senats

Nach seiner Rückkehr aus Genf hat der Präsident des Senats, Greiser, dem Hauptredakteur des „Danziger Vorposten“ ein Interview erteilt, das der „Vorposten“ in seiner gestrigen Ausgabe unter der Überschrift „Die die Regierung Danzigs Lage nach Genf beurteilt“ veröffentlicht hat. Die Ausführungen, die in dem Interview enthalten sind, fallen jedoch kaum, was die Überschrift verspricht. Im wesentlichen beziehen sie sich auf die bereits abgeschlossene Genfer Tagung; sie sind eher eine Rückschau als eine Bewertung der gegenwärtigen Situation, allenfalls stellen sie eine Betrachtung der eventuellen Folgen von Beschlüssen dar, die man danzigerseits in Genf augenscheinlich für möglich gehalten hätte. Nur ganz allgemein bemerkt der Fragesteller des „Vorposten“ in einigen einleitenden Worten, daß der Senatpräsident sich „überhaupt optimistisch“ gezeigt und immer wieder betont habe, daß für die Regierung gar kein Anlaß bestünde, an befürchten, ihre Arbeit könnte in Zukunft irgend welchen Störungen von außen her ausgesetzt sein.

Das vom „Vorposten“ veröffentlichte Interview hat folgenden Wortlaut:

Frage 1: Mit Interesse, Herr Präsident, hat man nicht nur in Danzig, sondern auch an anderer Stelle Ihre Äußerungen in Genf beobachtet. Wie lautet nun Ihre persönliche Beurteilung des Genfer Ergebnisses, das dem Ansehen nach als letztes Ergebnis langwieriger und für Sie schwieriger Unterredung zu bewerten ist?

Antwort: Das Ergebnis, mit dem ich aus Genf nach Danzig heimkehre, beurteile ich — wenn ich Ihnen eine ehrliche Antwort geben möchte — nicht so sehr von meiner Stellung als verantwortlicher Leiter der Danziger Politik aus, sondern in erster Linie als Danziger. Ich habe mich in Genf in einer Rolle gefunden, die mir aus der Entwicklung der Behandlung unserer Danziger Fragen die Aufgabe aufzuarbeitet, vor allem deutsche Interessen zu verteidigen, die dadurch, daß man Danzig zur westpolitischen Angelegenheit machte, bedroht sah. Mit diesem Ziel versehen, bin ich mit dem Ergebnis schon deshalb zufrieden, weil es Danzig mit keiner schwachen Macht, die zugegebenermaßen in Genf wenig Gewicht hat, gelang eine Formel zu vermeiden, durch deren Inhalt die europäische Politik mit einer Ausweitung des Danziger Problems belastet worden wäre.

Frage 2: Es wäre in der in- und ausländischen Presse davon gesprochen worden, daß der angenommene Bericht Edens wesentlich anders aussähe, als der ursprüngliche Bericht, der zu Ihrer Kenntnis kam. Ist diese Annahme richtig?

Antwort: Es liegt meiner Ansicht nach durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß die ersten Absichten Genfer Faktoren wesentlich anders ausgesehen haben mögen, als man aus dem bekannt gewordenen Bericht Edens entnehmen kann. Der erste Entwurf, der mir in Genf zu Gesicht kam und der aus dem Büro des Völkerbundsekretariats zu stammen schien, war in Form und Inhalt von einer Schärfe, die mir eine Annahme der dort enthaltenen Beschlüsse und Aufträge verbot. Ich hätte es für unvereinbar mit der Souveränität Danzigs halten müssen, auch nur in eine ernsthafte Besprechung über die anstehenden Probleme einzutreten. Ich habe den Genfer Diplomaten auch nicht verweigert, daß ich in einem solchen Falle der unangehörigen Zustimmung mein Amt als Präsident der Freien Stadt hätte niederlegen müssen, und zwar mit der direktesten Begründung, daß Genf die Arbeit einer anerkannten Regierung in Danzig durch sein Verhalten wie es, — ich betone noch einmal, ursprünglich geplant ist, — unmöglich macht. Die von der Presse berichtete Abreise wäre tatsächlich erfolgt, wenn die eingetragene Wendung ausgeblieben wäre.

Frage 3: Wie beurteilen Sie die tatsächlichen Folgen der Genfer Tagung?

Antwort: Ich wiederhole meine Worte aus der Genfer Tagung, daß ich nur schweren Herzens den Bericht annahm. Das Bericht, die Genfer Empfehlungen im Falle des Ehrenschutzes und der Entschädigungszahlung anzunehmen, fiel mir deshalb schwer, weil ich mich dort einem politischen Kompromiß bezogen mußte, ohne die Begründung Genfs im Hinblick anerkennen zu können. Die von Genf verlangte Abänderung von Gesetzesbestimmungen ist nach der sachlichen Seite hin kein großes Opfer. Uns stehen andere Maßnahmen zur Verfügung, die wir einziehen können in den Fällen, in denen die Interessen des Staates gefährdet erscheinen. In der Frage eines internationalen Untersuchungsanschlusses scheint der Völkerbund selbst völkerrechtliche Bedenken gegen eine Verwirklichung dieses Vorhabens zu haben. Des weiteren geht aus der nichtbehandelten Forderung der Opposition, die die Wahlansichten betrifft, hervor, daß man in Genf aus diesem Punkt keine große Beachtung schenkt und die Suspension einer diesbezüglichen Unterredung als das Gegebene ansah.

Frage 4: Die Opposition glaubt, aus Ihrer Haltung in Genf im Punkte Wahlansichten ableiten zu können,

daß die NSDAP. Angst vor Wahlen hat. Ist es Ihre Meinung, daß eine Neuwahl für die NSDAP. ungünstig wäre?

Antwort: Freimütig habe ich über diese Frage auch mit Minister Edens in Genf gesprochen.

Wenn die Nationalsozialisten in Danzig als kleine parlamentarische Parteien, würden sie in der durch die Genfer Einmischung geschaffenen Situation eine aussichtsreiche Möglichkeit sehen, bei der Danziger Bevölkerung anknüpfenden Parolen in einen Wahlkampf zu ziehen. Es würden dann weniger innenpolitische Wahlen sein, da das Übergewicht bei Wahlen, die durch die Genfer Instanz veranlaßt sind, völlig nach außen verlagert werden würde. Es würde sich also weniger um eine Auseinandersetzung zwischen den Parteien unter innenpolitischen Parolen handeln, sondern die Danziger Bevölkerung würde zwangsläufig das Gefühl haben, für oder gegen den Völkerbund abzustimmen. Da die Danziger Bürger niemals ein Verbot daraus gemacht haben, daß sie sich als gegen ihren Willen vom Reich abgetrennt Deutsche fühlen, würde ein Wahlkampf mit dieser Frontstellung erhebliche Folgerungen grundsätzlicher Art nach sich ziehen.

Im übrigen ist mir gesagt worden, daß im Falle von Neuwahlen in Danzig die höchsten Führer der NSDAP. als Träger der nationalsozialistischen Weltanschauung sich ausnahmslos für Danzig zur Verfügung stellen würden.

Frage 5: Man sagt, daß die Person des Gauleiters von Danzig, Albert Forster, in den Genfer Beratungen hinter den Kulissen eine wesentliche Rolle gespielt hat. Entspricht das den Tatsachen?

Antwort: Nicht nur im Vester-Bericht, sondern auch in allen Entwürfen, die dem Völkerbund ursprünglich vorgelegt werden sollten, war die Person des Gauleiters eine der hauptsächlichsten Angriffspunkte gegen Danzig. Um so überraschender muß es sein, daß in der Edens-Resolution nichts hierüber erwähnt wird. Man hat sich in Genf davon überzeugen müssen, daß das Vorhandensein eines Parteiführers in einem parlamentarischen Staat nichts Unmögliches sein kann. Ich habe darauf hinweisen können, daß der Unterschied zu früher nur darin liegt, daß ehemalige Danziger Regierungen sich auf eine Koalition von vielen Parteien stützten, bei deren Parteivorständen auf die Regierung und ihre Maßnahmen von Einfluß waren, während heute hinter der Regierung eine einzige Partei steht, die keinen erwähnten Parteivorstand, sondern einen ernannten Führer, nämlich den Gauleiter, hat. Die nationalsozialistische Regierung ist selbstverständlich abhängig von ihrer Partei, die den Männern im Senat den Auftrag, zu regieren, gegeben hat.

Frage 6: Man hat aus dem Verlauf der Genfer Verhandlung unserer Danziger Punkte den Eindruck haben müssen, daß das Auftreten Edens in Genf für die Entwicklung und für den Inhalt des Eden-Berichts bedeutungsvoll gewesen ist. In welchem Umfange trifft diese Auffassung zu?

Antwort: Das Verhalten Minister Edens hat wesentlich dazu beigetragen, daß es nach den anfänglich hier unüberwindlichen Schwierigkeiten dennoch gelang, einen ausgleichenden Bericht zu erzielen. Sein persönlicher Einsatz hat nicht nur zur Festigung der danzig-polnischen Beziehungen beigetragen, sondern auch die Stabilität des deutsch-polnischen Verhältnisses erkennen lassen.

Was die gegenwärtige oder zukünftige Lage der Politik der Danziger Regierung betrifft, bezieht sich darauf eigentlich nur eine Wendung in den Ausführungen des Senatpräsidenten. Sie handelt von der vom Völkerbund geforderten Abänderung von Gesetzesbestimmungen, über die Präsident Greiser erklärt hat, daß der Regierung dafür „andere Maßnahmen zur Verfügung ständen, die eingesetzt werden könnten“ in Fällen, in denen die Interessen des Staates gefährdet erschienen. Abgesehen davon, daß es nicht richtig ist, wie durch die Abänderung der bekannten Gesetze (Ehrenschutz usw.) überhaupt Interessen des Staates berührt werden könnten, selbst wenn andere Maßnahmen nicht zur Verfügung ständen, drängt sich nachträglich die Frage auf, weshalb man unter den gegebenen Umständen nicht bereits nach der September-Tagung die Abänderung vorgenommen hat. Man hätte sich dadurch sicherlich viele Sorgen ersparen können.

Präsident Greiser hat sich im übrigen auch zu der Möglichkeit von Volkstagswahlen geäußert. Seine, wenn auch sehr vorsichtig vorgetragene, Unterredung dieses Punktes kommt zu dem Schluß, daß es sich bei einer von Genf ausgedruckten Ungünstigkeitserklärung der Wahl vom 7. April um einen Wahlkampf handele, in dem das Gefühl „für oder gegen den Völkerbund“ ausschlaggebend sei. Sollte die NSDAP. sich wirklich von einer solchen Parole einen Erfolg versprechen, nachdem sie bereits mit ähnlichen Parolen am 7. April einen Reizfall erlebt hat, und nachdem der Völkerbund der Danziger Bevölkerung die Verfassungsrechte gesichert hat? Der Trost, daß reichsdeutsche Redner für die NSDAP. einprägen würden, ist gewiß sehr schön. Präsident Greiser scheint vor allem aber zu übersehen, daß die Bevölkerung in ihrer Mehrheit ohnehin gegen die NSDAP. eingestellt ist und sich von dieser Grundstimmung durch noch so schöne Parolen nicht wird abbringen lassen. Erfahrungen machen klug.

Die drohende Umklammerung

Weitere Angriffe der Abessinier — Die Flankenbedrohung besteht weiter

Marshall Badoglio telegraphierte am Dienstag folgenden Heeresbericht, der als Mitteilung Nr. 108 veröffentlicht wird:

An der Somalifront unternahm ein Teil unserer Truppen einen Erkundungsvorstoß auf Badara. Dabei wurde ein kleines schwedisches Feldlazarett entdeckt und beschlagnahmt, das sich früher in Malesa Diba befunden hatte. Das Feldlazarett war auf fünfzehn Lastkraftwagen untergebracht, die die Fahne und die Symbole des Roten Kreuzes führten. Die Lastwagen enthielten außerdem 27 Munitionskisten. Unter der bei Badara gemachten Beute befand sich übrigens auch die Fahne des Ras und keine „Reggarita“, d. h. große Ehrentrummeln. Ferner wurden Lebensmittellager des Generals erbeutet, die große Vorräte von Getreide und Kaffee enthielten. Eine anderer Kolonnen ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Organisation des Gebietes zwischen Reghelli und Dana Farms zu vollenden.

General Graziani meldet, daß der Erfolg der Schlacht am General Doria nicht nur der großartigen Angriff- und Widerstandskraft unserer Heimat- und Eingeborenentruppen zu verdanken sei, sondern auch zu einem großen Teile der Aufopferung unserer verschiedenen Verpflegungsdienste, die alles mögliche taten, ohne sich zu schonen.

An der Erghis-Front schlug eine unserer Truppenabteilungen nach vierstündigem Kampfe harte Kräfte des Gegners in die Flucht.

Küster-Vorbereitungen und Kämpfe

Nach in Addis Abeba vorliegenden Meldungen von der Nordfront versuchen die Italiener, trotz außerordentlicher

Regenfälle ihre nach abessinischen Berichten in der Schlacht vom 20. bis 23. Januar verlorenen Stellungen wiederzuerobern. Ohne Unterbrechung hatte die italienische Artillerievorbereitung Tag und Nacht an. Ein Angriff sei aber bisher nicht erfolgt. Die abessinischen Truppen dagegen machten häufig Vorstöße, um besonders in den Kämpferischen Einzelstellungen der Italiener auszuheben. Die Art der Kriegsführung koste nach abessinischer Auffassung nur geringe Opfer und sei meistens von Erfolg gekrönt.

Nach weiteren Berichten von der Nordfront sollen abessinische Truppen ein Stück der Straße Adna—Makale endgültig besetzt haben. Somit sei die Verbindung zwischen den beiden Städten endgültig unterbrochen.

Die Abessinier berechnen die Verluste der italienischen Truppen an der Nordfront in den letzten fünf Tagen auf über zehn weisse Offiziere, eine Kavalleriekolonne und rund 500 Mann, unter letzteren etwa hundert Weiße.

Daß die abessinischen Angriffe an der Nordfront nach wie vor fortgesetzt werden, ist auch aus dem italienischen Heeresbericht zu entnehmen; er spricht selbst von einem hundertlangen Angriff mit harten Kräften des Gegners.

Muskali an Badoglio

Muskali hat an Marshall Badoglio folgendes Glimmertelegramm gerichtet:

Der Versuch des Feindes, den rechten Flügel unserer Streitkräfte an der Nordfront zu durchbrechen, ist in der heftigen Schlacht im Tembienggebiet an nichts gemacht worden. Meine lebhafte Anerkennung gilt General Reghelli, die die militärischen Operationen entworfen, und den Di-

Danziger Nachrichten

Der Ehrenschutz

Was die verfassungswidrige Verordnung bedeutet

Unter den Verordnungen, die als verfassungswidrig festgestellt worden und aufgehoben sind, spielt die sogenannte Ehrenschutz-Verordnung eine besondere Rolle. Die Verordnung, die unter dem Titel „zur Wahrung des Ansehens nationaler Verbände“ erlassen wurde, ist von der Opposition von Anfang an als ein unzulässiges Ausnahmengesetz angesehen worden, weil es nur die hinter der Regierung stehenden Organisationen unter einen Ehrenschutz stellte, ohne der Schimpffreiheit gegen andere Organisationen eine Grenze zu setzen. Das Verlangen der Opposition nach einem Ehrenschutz für alle Organisationen wurde vom Senat und Volkstag abgelehnt mit der merkwürdigen Begründung, daß ein allgemeiner Ehrenschutz ein verfassungswidriges Ausnahmengesetz sei. Der einseitige Ehrenschutz für die nationalen Verbände wurde aber beibehalten. Auch als das vom Völkerrundrat eingesetzte Juristenkomitee aus der Tat selbst den einseitigen Ehrenschutz für verfassungswidrig hielt und dessen Aufhebung empfahl, erklärte der Senat, sich nicht zur Aufhebung entschließen zu können. Erst in der letzten Ratssitzung stellte der Rat fest, daß der Senat jetzt die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um die Verordnung über den Ehrenschutz der nationalen Verbände zu beseitigen.

Die Wiederherstellung der Rechtsgleichheit

Mit der Aufhebung dieser Verordnung wird die Rechtsgleichheit von Personenverbänden vor dem Gesetz wieder hergestellt. Das ist die Nationalsozialisten bis zum letzten gegen die Aufhebung wehrten, ist verständlich, wenn auch nicht vertretbar. Die Verordnung gab ihnen vor allen anderen ein gewaltiges Übergewicht. Sie machte ihre Organisationen und deren Mitglieder nahezu unantastbar. Wer einen ungesetzlichen Hinderling zur Ordnung rief, riskierte monatelange Gefängnisstrafen wegen Schädigung des Ansehens nationaler Verbände. Die Parteiuniform und jeder ihrer Träger wurde mit einem Heiligenschein umgeben, der zwar nicht immer vor dem Staatsanwalt standhielt, der aber sonst von niemandem laut in Zweifel gezogen werden durfte. Psychologisch wirkte sich der einseitige Ehrenschutz dahin aus, daß die Träger der Parteiuniform sich nicht nur besonders geschützt fühlten, sondern sich auch berechtigt glaubten, sich gegen die andersdenkende Bevölkerung Übergriffe herauszunehmen zu können und schließlich auch Handlungen durchzuführen, zu welchen höchsten die staatlichen Organe befugt gewesen wären, wie Verhaftungen, Verbote, Beschlagnahmen usw. Wir haben ein bißchen Polizei gespielt, sagte einmal Herr August Wellhausen, als er mit einigen Getreuen Durchstreifen der „Volksstimme“ an ihre Abonnenten den Ansträger fortwachte. Das übertriebene Selbstbewußtsein führte dazu, wie Beispiele zeigten, daß randalierende SA-Leute glaubten, für sie sei nicht die Polizei zuständig, um sie vor Anfe anzuhalten, sondern höchstens die sogenannte „Stabswache“.

Zu solchen irrtümlichen Auffassungen könnte auch schließlich man ein anderer kommen, wenn er die allgemeinen Strafbestimmungen über den Schutz der Uniformen des Staates verleiht mit den Ausnahmestimmungen der Verordnung über den Ehrenschutz. Wer eine staatliche Uniform irgend welcher Art im Besitz hat, begehrt nach den allgemeinen Strafbestimmungen keine strafbare Handlung. Hat er dagegen eine Uniform der NSDAP im Besitz, ohne Mitglied derselben zu sein, konnte er mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden. Wer eine staatliche Uniform (beispielsweise als Schupo) unberechtigterweise anlegt, kann mit Geldstrafe bis zu 150 Mark (entsprechend in Gulden) oder mit Haft bestraft werden. Wäre ihn dagegen das Geltungsbedürfnis und legte er sich die Last der Hiltler-Jugend an oder etwas ähnliches, so stand auf dieses Vergehen eine Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis bis zu einer Dauer, die gesetzlich nicht begrenzt war. Dieser Unterschied muß ja bei jeder Art der Meinung aufdrängen, daß keine Uniform mehr bedeute, als die Uniformen der Staatsorgane.

Rechtlich ist es mit dem Schutz der Parteibekleidung um zu einem Vergleich zu kommen. Kann man hier nur die Strafbestimmungen gegen das unbefugte Anlegen von staatlichen Auszeichnungen heranziehen. Nach diesen Bestimmungen ist es erlaubt, staatliche Auszeichnungen (Orden, Ehrenzeichen usw.) im Besitz zu haben und in Verwahrung zu halten. Dagegen wurde der Besitz eines Parteibekleidungs der NSDAP, oder ihrer Unterorganisationen mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft. Wer unbefugterweise einen Orden oder ein Ehrenzeichen — beispielsweise die Lebensrettermedaille — trägt, kann mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder Haft bestraft werden, während für unbefugtes Anlegen eines Parteibekleidungs eine Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis vorgesehen war ohne Festsetzung einer Höchststrafe. Wir haben nichts gegen die Strafmaß an sich. Unfereiwegen könnten die Strafen für Vergehen dieser Art noch höher sein, aber die unterschiedlichen Strafmäßigkeiten machen die Verordnung zu einem Ausnahmengesetz und verletzen ja eigentlich auch gegen die von den Nationalsozialisten verteidigte „analoge Strafrechtsanwendung“.

Die zukünftige Rechtslage

Wenn nun diese Verordnung gefallen ist, so besteht durchaus nicht etwa „Schimpffreiheit“, wie die NSDAP für die Aufrichterhaltung der Verordnung argumentierte. Auch das Bedürfnis, den Nationalsozialisten „einmal gründlich die Wahrheit sagen“ zu können, wie es bei manchem schon lange vorhanden ist, will noch wie vor abgemogen werden. Die Bestimmungen des Strafrechtsbuches über formale persönliche Beleidigungen und verletzende Beleidigungen bleiben weiter bestehen, aber sie gelten jetzt für alle Staatsbürger gleichmäßig. Wir haben keine Veranlassung, den Hinweis auf die Strafbarkeit formaler Beleidigungen etwa als Warnung unserer Anhänger aufzufassen zu müssen, denn die Sozialdemokratie hat ihren politischen Kampf nie durch Schimpfen und Beleidigungen geführt, und sie bedarf auch in Zukunft dieser Mittel nicht. Die Wahrheit über den Gegner und die wirklichen Zustände sind die beste Propaganda für unsere Sache.

Mit dem Fall des Ehrenschutzes zugunsten der nationalen Verbände verhandelt ein Ausnahmegericht, das einseitig der NSDAP im politischen Kampf eine Fortschreibung verschafft hat.

Polizeibericht vom 28. Januar 1936. Festgenommen: 10 Personen, darunter 1 wegen Körperverletzung, 3 wegen Diebstahl, 4 wegen Stillschleppens, 1 wegen Schlägerei, 2 wegen Trunkenheit, 1 aus besonderem Anlaß. — Gefunden in Danzig: 1 schwarzes Portemonnaie mit 8,50 Gulden, 1 Herrenschal grün mit weißen Punkten, 3 Damenschirme.

Liebestragödie im Heubuder Wald

Mord und Selbstmord — Der Abschluß einer letzten Aussprache

Im Heubuder Wald, an einem Wege in der Nähe des Seidens, wurden gestern abend gegen 7 Uhr, die Leichen von zwei jungen Menschen gefunden. Ein junges Mädchen wies zwei Kopfschüsse auf, ein junger Mann hatte ebenfalls durch einen Schuß in den Kopf den Tod gefunden. Die Polizei wurde benachrichtigt. Später transportierte man die beiden Leichen nach dem Leichenschauhaus in der Delbrückallee. Erst später konnten die Personalisten der beiden Toten festgestellt werden. Es stellte sich dann heraus, daß auf dem Wege am Seidens eine Liebestragödie einen blutigen Abschluß gefunden hatte. Der Erschossene ist der etwa 30 Jahre alte Fleischer Rittwik. Das zweite Opfer der Tragödie ist die etwa 20 Jahre alte Verkäuferin W. aus der Johannissgasse.

Rittwik hat das Mädchen durch zwei Schüsse getötet und dann sich selbst erschossen. Die beiden waren vor etwa zwei Jahren miteinander bekannt geworden. Rittwik fuhr dann zurück zu seinen Eltern, die in der Nähe von Marienwerder wohnten. Das Mädchen wollte mit ihm nichts mehr zu tun haben. Jetzt, nach zwei Jahren, tauchte Rittwik wieder in Danzig auf und stellte dem Mädchen nach. Wiederholt hat er gedroht, er werde das Mädchen durch Salzsäure verunstalten. Wenn er es nicht haben könne, dann solle es auch kein anderer haben. Es ist auch berichtet worden, wie Rittwik sich in der Johannissgasse aufhielt, in der Erwartung, das Mädchen zu treffen. Es wollte jedoch nichts von ihm wissen. Im Einverständnis mit den Eltern zog die Verkäuferin zu Verwandten, um Rittwik aus dem Wege zu gehen.

Jedem muß er es jedoch verstanden haben, mit dem Mädchen zusammenzukommen. Wahrscheinlich hat er es überredet, zu einer letzten Aussprache nach Heubude zu fahren. Dort ist es dann zu der Tragödie gekommen. Man hat in den Nachmittagsstunden zwar zwei Schüsse gehört, ihnen jedoch keine Beachtung geschenkt. Abends gegen 7 Uhr sind dann die beiden Toten zufällig gefunden worden.

Die Kriminalpolizei meldet dazu:

Am 28. Januar 1936 wurde der Mordbereitschaftsdiens alarmiert. Nach Mitteilung des Kriminalbestirkt Heubude wurde am 28. Januar 1936 in den Morgenstunden im Heubuder Wald im Jagd 9 a, etwa 30 Meter östlich der zum Strand führenden Fußgängerpromenade durch einen Morderschlag eine männliche und weibliche Leiche liegend gesehen. Beim Eintreffen der Polizei und später des Mordbereitschaftsdiens stellte es sich heraus, daß die beiden Personen Kopfschussverletzungen aufwiesen. Nach den bei den Leichen vorgefundenen Ausweispapieren handelt es sich um den preussischen Staatsangehörigen Fleischer Karl Rittwik, geboren 18. 12. 03 zu Weichselmünde, St. Krebs, Kreis Marienwerden wohnhaft, und die Danziger Staatsangehörige Verkäuferin Charlotte W. aus Danzig. Die weibliche Leiche wies zwei Schussverletzungen auf, während die männliche Person eine Schussverletzung hatte. Nach Lage der Sache handelt es sich um Mord und Selbstmord. Die Leichen wurden nach Klärung des Sachverhalts in das Leichenschauhaus des Städt. Krankenhauses überführt.

Wieder eine Säule des „Systems“ gestürzt

Rund 2000 Gulden der Arbeitsfront unterschlagen / Amtswalter u. seine Frau verhaftet

Ein wackerer Kämpfer gegen das „marxistische Unternehmertum“, gegen die „rote Korruption“, „Laudeserrrat“ usw., der SA-Mann und Amtswalter Franz Konkel, Stolzenberg 6 wohnhaft, mußte bei seinem schweren Kampf Widerstände eine Ruhepause einlegen. In der Gefängniszelle. Denn der wackerer Kämpfer ist verhaftet worden. Auf seine Frau, welche haben zwar immer gerechtfertigt, daß Gemeinnut vor Eigennut gehe, aber in der Praxis sich mehr an den Spruch „Mein Ruf geht vor dem Ruf“ gehalten. Sie haben geklagt. Mit Geldern, die den Arbeitskollegen in dem Städtischen Fuhrpark in Stadtgebiet abgezogen wurden, haben sie sich einen guten Tag gemacht, so daß etwa 2000 Gulden Neßbetrag bisher festgesetzt wurden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich dieser Betrag noch erhöht. Franz Konkel und seine Ehefrau verstanden zu leben, das muß man ihnen lassen. Bis jetzt die hundertförmige Seifenblase zerplatzt. Polizei erschien in der Wohnung des Ehepaars Konkel auf Stolzenberg und brachte Mann und Frau ins Polizeigefängnis. Ein großer Teil der Arbeiter des Städtischen Fuhrparks in Stadtgebiet ist darüber durchaus nicht betrübt. Im Gegenteil: viele sollen sogar eine tiefe Genug-

tung verspüren, denn Konkel genoh bei den meisten seiner Arbeitskollegen keine große Sympathie.

Konkel spielte im Städtischen Fuhrpark die gleiche Rolle, die Pa. Romahn bei der Post ausübte. Wer nicht „hundertprozentig“ war, stand bei ihm in Mißkredit. Verschleierte Arbeiter, darunter auch Familienväter, setzen in Pa. Konkel die treibende Kraft bei ihrer Entlassung. Auch der Weg zur politischen Polizei war dem Pa. Konkel nicht unbekannt.

Ein solch wackerer Mann genoh selbstverständlich viel Vertrauen. Man überließ ihm denn auch die Einkassierung von Beiträgen für die Arbeitsfront und „Kraft durch Freude“ unter den Fuhrparkarbeitern. Konkel wiederum übertrug diese Funktion auf seine Ehefrau. Die erlitten leben freitagsmittags in dem Städtischen Fuhrpark und kassierte die Beiträge ein, wobei dann mancher Gulden an ihren Ärgern liegen blieb. Einmal Tages wurde die Schmei-nerel offenbar, worauf zunächst Pa. Konkel, dann seine Ehefrau verhaftet wurden. Jetzt haben beide viel Zeit. Aber das Thema „Unternehmertum“ und „Korruption“ Betrachtungen anzustellen.

Durch einen Autounfall zum Krüppel geworden

Der SU-Wagen fuhr nicht vorschriftsmäßig — Der Verunglückte forderte eine Entschädigung

Am 15. September 1934 kam es auf der Chaussee zwischen Pabelsp und Neuteich, kurz vor Neuteich, zu einem Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen der Danziger SA-Brigade und einem Motorradfahrer. Der Motorradfahrer war der noch in jüngeren Jahren stehende Klempner Dahnke, der bei dem Unfall für dauernd zum Krüppel wurde. Schwerverletzt mußte er ins Krankenhaus gebracht werden, wo ihm das ganze linke Bein amputiert wurde, so daß er nicht einmal eine Prothese tragen, sondern sich nur mühsam auf Krücken fortbewegen kann. Der Zusammenstoß war mit so fürchterlicher Wucht erfolgt, daß man den Oberleiterschlepper des Dahnke erst in der Reparaturwerkstatt zwischen der Karosserieverkleidung fand.

Dahnke, der nun ein Krüppel geworden ist, kündigt einen Prozeß beim Danziger Landgericht an und klagte auf Entschädigung sowie auf ein Schmerzensgeld.

Beteiligt war die NSDAP als Halterin des betreffenden Autos, und der Chauffeur, der SA-Mann Kolberg.

Der Prozeß schwebt bereit 1½ Jahre. Gestern wurde wiederum vor der Ersten Zivilkammer, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Hartwig, verhandelt. Rechtsbeistand des Klempners Dahnke, der übrigens zu der Verhandlung erschienen war und sich jetzt, nach 1½ Jahren, noch lange nicht erholt hat und bei der Erwähnung seines klagenswerten körperlichen Zustandes weinte, war Rechtsanwalt Sternfeld. Er war der Meinung, daß die alleinige Ursache des Unfalls die Unvorsichtigkeit des Chauffeurs gewesen ist. Der Brigade-Wagen fuhr nach Neuteich. Obwohl die geleerte Fahrbahn 3,60 Meter breit ist,

fuhr das Auto nicht auf der rechten Seite, sondern 35 Zentimeter vom Sommerweg entfernt.

Der Motorradfahrer, der von entgegengesetzter Seite kam, hatte nur einen ganz schmalen Streifen für sich frei, denn er muß sich ja rechts halten und kann nicht links ausweichen, obwohl dort weit über 200 Meter Raum vorhanden war. Der Rechtsanwalt des Beklagten, Dr. Erich Willers I, hatte in einem Schriftsatz behauptet, daß der Motorradfahrer, als er sah, daß der entgegenkommende Kraftwagen unvorsichtsmäßig fuhr, auf dem Sommerweg hätte fahren müssen. Das ist jedoch nicht zulässig. Das Gesetz sieht vor, daß Fahrbahn und Sommerweg zwei getrennte Fahrtrassen sind.

In der gestrigen Verhandlung wurde auch noch ein Zeuge, der Lehrer Gerhard Radbach, vernommen, der mit im Wagen der SA-Brigade gefahren hatte. Er erzählte, daß vor dem Unfall ein Motorradfahrer vorbeigefahren sei, der eine Staubwolke hinter sich gelassen habe. Föhllich hätte er aus dieser Staubwolke den zweiten Motorradfahrer antastet gesehen, mit dem dann der Zusammenstoß erfolgte. Der Chauffeur Kolberg hätte nun, um diesem zweiten Motorradfahrer — es war Dahnke — auszuweichen, das Auto so nach rechts herumgerissen, daß er noch einen auf dem an der

rechten Seite entlanglaufenden Bürgersteig fahrenden Motorradfahrer umriß, der in den Chausseegraben fiel. Es lauchten in der Verhandlung Zweifel auf, ob der Lehrer Radbach, der hinten saß, überhaupt etwas sehen konnte. Da der Chauffeur Kolberg mit einem Wagen gleichen Typs zur Verhandlung gekommen war und den Wagen auf der Straße stehen hatte, nahm die Zivilkammer gleich einen Sofaltermin vor.

Die Richter zogen sich ihre Mäntel an, und der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Hartwig, machte sogar eine kleine Rundfahrt.

Rechtsanwalt Dr. Sternfeld wies nach, daß der Chauffeur die nötige Vorsicht hat fehlen lassen. Der Rechtsanwalt sprach von einem unbekümmerten Fahren. Man kann ihn nur beipflichten, denn oft genug sieht man auch in Danzig Passanten im letzten Augenblick auf den rettenden Bürgersteig springen, um den heranrückenden Autos zu entgehen. Meist sitzen dann SA-Leute am Steuer. Die Unvorsichtigkeit der nationalsozialistischen jungen Fahrer wird auch durch die große Anzahl der Prozesse, in die sie in den letzten zwei Jahren verwickelt waren, belegt.

Das Urteil

Die Beklagten werden verurteilt, 1586 Gulden als Gesamtschuldner für Vermögensverlust an dem Kläger Dahnke zu zahlen. Außerdem werden dem Kläger 3000 Gulden Schmerzensgeld zugesprochen. Das Urteil ist in einer Höhe von 4000 Gulden vorläufig vollstreckbar.

Die Verhandlung gegen Skibbe vertagt

Vor der Zweiten Großen Strafkammer sollte heute ein Prozeß gegen den Zimmermann Max Skibbe stattfinden. Als zweite Angeklagte war auf dem Terminzettel die Arbeiterin Theodora Michalski aus Danzig genannt. Skibbe steht unter der Anklage der Abtreibung. Max Skibbe ist der bekannte Danziger Nationalsozialist, der mehr als ein Dutzendmal vorbestraft ist und der vor einigen Jahren auf dem Fischmarkt den Fleischer Streng erschossen hat. Einer der letzten Prozesse war seine Beteiligung bei dem Diebstahl in der Waffenfabrik „Diana“, wo ihn seine Frau angeklagt hatte. Skibbe, der zuerst beim Fuhrpark beschäftigt war, ist später zur Städtischen Ziegelei Ziganenbergs gekommen und hat dort eine große Rolle gespielt. Unter dem Pseudonym sind auch zwei Angeklagte der Städtischen Ziegelei, der Plagemeister Friedrich Vardel und der Ziegeleimeister Willy Kreis, außerdem die Arbeiterin Ida Krause, Man sieht daraus, daß die Vorfälle, die in dem Prozeß zur Verhandlung kommen werden, sich in der Städtischen Ziegelei auf Ziganenbergs zugegetragen haben.

Der Prozeß konnte heute nicht stattfinden, weil die Zweitangeklagte, Arbeiterin Michalski, erkrankt ist.

Der alte Kaja schiebt

Trauerorgien als Totenfeier — Moderne Häuser und innen
Katholik

Bei den Bombenwürfen italienischer Flugzeuge auf die Station des schweizerischen roten Kreuzes (in der Nähe von Dolo, südlicher abseits der Kriegshauptstadt) ist auch der Oberarzt Dr. J. Polander verwundet worden. Sein Assistenzarzt ebenfalls; er ist den schweren Verletzungen erlegen. Dr. Polander, ein ausgezeichnete Abseitskämpfer, hat ein Buch „Ein Jahr im Bett“ herausgegeben, dem wir folgenden — gefürzten — Abschnitt entnehmen.

Dr. Polander war schon 1929 bis 1930 als Missionsarzt in Abessinien. Die Redaktion.

Ich will hier nicht von dem Mannesmut des Generals Kaja sprechen und von seinen Heldentaten, als er mit dabei war, die Italiener in das Rote Meer hineinzutreiben. Ich will mich auch nicht lange bei seinen friedlichen Beschäftigungen aufhalten, als er sich nach den Tagen des Streites in den Wäldern der Gasko an dem jüdischen Anschlag des Dabi niederließ, die Erde pflügte, fünf Kirchen baute, Städte anlegte und Reichtümer sammelte. Es sei nur gesagt, daß ich bisher in Abessinien keine so gut angelegte, gediegene, saubere und wohlgebaute Stadt wie Ababba, die Hauptstadt des Generals Kaja, gesehen habe. Man konnte über die gewaltigen Siebelhäuser: die Küche so groß wie eine Basilika, der dreißig Meter lange Stall mit richtigen Böden und Futter in jeder Krippe! Sogar an den Viehställen die an Festungspforten erinnerten, waren ordentliche, mit Schlössern versehene Tore aus festem Eisenholz.

Als wir in die Stadt kamen, sahen wir uns nach dem Haupte des Generals um. Es war schwer, sich zu denken, welcher von diesen abgedungenen Helden der vornehmste sein konnte. Sie sahen alle wie Herrschende aus. Nach einigen Erkundigungen fanden wir jedoch bald an der „großen Pforte“ und begehrten Vorlaß mit den löwengetrübten Papieren der Regierung in der Hand.

Der General ist krank, er empfängt nicht. Er liegt seit Tage und Tag, antwortete man.

Würde er möglicherweise der Befehl eines Arztes entgegennehmen?

Der Diener verschwindet im Hause und kommt nach einer Weile zurück.

Indem er seinen Mantel ordnet und seine Arme ausbreitet, zeigt er an, daß ich willkommen sei.

Ich betrete einen riesengroßen, halbdunklen Raum ohne Fenster, aber das Licht schloß sich mir zur Tür herein. Ganz im hinteren Ende lag der General ausgebreitet auf seinem mit Samtbezogenen und kreuzverzierten Vorhängen drapierten Bett. Um nicht anzurufen, gehe ich vorsichtig über den mit Samt bezogenen „Hochschwert“ oder ritterlichen übermachten Boden, der so glatt wie Parquet ist. Man ist gerade damit beschäftigt, den Duft zu nützen, indem man den darauf streut. Um Feuer an der Lehnstühle vor dem Kranken sind einige Diener der Winte gewärtig.

Eine Sklavine liegt hinter dem General als Wärmerin

und halbblind hält sie ihn in ihren Armen. Im übrigen ist es öde und leer im „Schwarzen Meer“.

Er war unermüdet, zum Sterben unermüdet, in der Schilderung seiner Krankheiten, der alte General, der immer noch, obwohl verzehrt von Wicht und Zucker, zusammengehoben an einer verheerenden Seuche etwas von dem über Sträme und Augenbrauen rauschenden Gewitter der Männerjahre hat, und der Blig aus seinen Augen war noch nicht erloschen. Es war ein Fragen und ein Anfragen, und es waren Jeremiaden ohne Ende! Nach zwei Stunden hielt ich es nicht länger aus, sondern ritt auf Krankenbesuch in die Berge. Ich war zu dem sogenannten Bruder des Generals gebeten worden.

Ungefähr drei Monate später kamen zwei Reiter von der Stadt des Generals Kaja zu unserem Zeltlager in Krossi, wo wir gerade die erste Missionstation anführten. Sie waren völlig durchnäßt und die feinsten Pferde aus dem Stalle des Generals waren wie in Schmutz getränkt, denn die Regenzeit auf dem Hochland hatte begonnen. Jeder der beiden Filiboten übergab einen Brief mit ungefähr demselben Wortlaut. Die Ambaras leben es als Dagnis an, sie ohne Gefolge durch die Wälder Krossi zu schlagen.

Wenn einer der Männer den Speichen der Räder zum Opfer stiele, würde, so hatte man achtsam, wenigstens der andere entkommen, um den letzten Brief des Generals zu überbringen.

Während der zwei Tage, die er dann noch bei Bewußtsein war, ließ er sich nur von mir warten, und wenn wir ihm zu essen geben wollten, nahm er die Nahrung nicht einmal aus der Hand seiner Frau in Empfang, sondern mit dann, wenn ich auf das Bett hinaustrat und ihm, nach der Sitte des Landes, das Essen in den Mund hauchte.

Am dritten Tage war er nicht mehr bei Bewußtsein. Er schlief schwer und das Herz schlug unregelmäßig. Ich wartete auf den Tod, aber es schien, als ob er sich hätte schrecken lassen. Gegen Abend veränderte sich die Szene im Krankenzimmer. Eine Glocke läutete vor der Tür, die Leute fliehen und herein taucht die Priesterin in ihren Seidenhauben und mit Seidenhaube. Und unter einem schreiend roten Seidenschirm, an dem Silberstücke klirren, wird in einem glänzenden Seidenschirm etwas Mystisches verborgen. Man eilt zum Bett, Priester und Diatone drängen und stoßen sich, man hebt den Kranken auf, die Szene wird durch bunte Seide verhüllt, die Silberglocke läutet, einen Augenblick ist alles still, dann ein Rufen, als ob etwas in den Kestkopf geraten sei, und nun eilt die murrende Prozession mit den klirrenden Seidenhauben wieder fort. Der Bewußtlose hatte das Sakrament des heiligen Abendmahles bekommen. Am Abend erwartet man das Ende. Nur zwei Priester, ich und drei Beamte harrten in dem Räume bleiben. Alle Verwandten wurden hinausgetrieben, keine Frau mußte mit Gewalt fortgeführt werden.

Der Hülfe bemängelt wurde zuerst von den zwei Priestern bemerkt, die in das Bett hinaufgetreten waren.

Der San war von Mexikanern umringt, die im Rasthaus nur darauf warteten, ihrer Trauer freien Lauf lassen zu können. Noch hatte man den Todesfall nicht mitgeteilt, aber nachdem die Leiche bandagiert war und die Särden im Räume zusammen mit mir in ein offenes Nebengelas gesteckt waren, fragte man mich nach der Uhrzeit und erfuhr, daß es Mitternacht sei. Da, dann ist es gerade recht für den Beginn der Trauer“, sagen die Männer, und einer geht zur Tür und nimmt den Holzriegel fort, während sie und die Priester ein Geschrei anstimmten, sich die Haare raufen und die Arme winden. Und herein stürzen die Menschen mit einem unbeschreiblichen Getöse. Es ist eine Szene des Schreckens, die sich da vor meinen Blicken abspielt: die Wei-

ber sind über den Leiden nackt, sie wiegen sich schreiend und schlagen im Takt mit den flachen Händen auf die bloße Brust, so daß sich die Schläge und der Widerhall in den Lungen mit ihren schreienenden Kammerfrauen vermischt, die durch Wirt und Wein gehen. Andere reifen sich die Haare aus oder reifen sich die Brust mit Nägeln, so daß das Blut hervorquillt — die Tränen rinnen, der Schweiß tropft. Die Männer werfen ihre Köpfe zurück unter wildem Geschrei, schlagen sich mit den Händen, verrenken die Arme. Wieder andere lassen sich wie Wahnsinnige gegen Wände und Boden fallen. Einer der Priester wendet die Arme und den ganzen Körper und schreit: „Mein Vater, mein Vater, deine Hände sind gebunden, deine Füße sind gebunden.“ Und mit einer wie zu einem Schrei aus dem Abgrund erhebenden Stimme rufen er und die anderen: „Fort, fort, fort!“

Summer wilder wird der Tanz und das Geschrei immer heftiger. Es ist wie eine Szene aus der Hölle:

tanzen die wilden Schatten, die mit dem Rauch des Feuers herumwirbeln, mit den Flammen und den Funken, denn man trampelt um die Brandstellen herum und springt auf die Glut, bis das Feuer erlischt und schilfswarzes Dunkel ist. Man sieht nichts von dem Höllenort, aber hört, wie

Katholische Kirche und Staat

Verhandlungen mit Kertl — Der Hirtenbrief von Fulda

Die katholischen Bischöfe, die auf Veranlassung der Konferenz von Fulda als Delegation für die Besprechung mit dem Reichsminister bestimmt wurden, hatten sich kürzlich zu Kertl begeben. Die Verhandlungen dauerten bis zum frühen Nachmittag. Auch der päpstliche Nuntius Orsenigo nahm an den Besprechungen teil. In eingeweihten Kreisen war es bis zu diesem Moment nicht bekannt geworden, daß der Vatikan selber sich aktiv an den Verhandlungen beteiligen würde. Umso stärker ist jetzt allgemein die Ueberraschung, daß es sich bei der Unterredung mit Kertl, entsprechend unseren früheren Hinweisen, wirklich um eine Fühlungsnahme von größter Tragweite für die Entwicklung der Verhältnisse zwischen der katholischen Kirche und dem Staate handele. Neben das Ergebnis der Konferenz wird auf beiden Seiten freudigste Stillschweigen gewahrt. Man hält es für möglich, daß die Verhandlungen mit einem Kompromiß enden können. Die Bischöfe scheinen recht eindringlich auf die Bestimmungen des Konkordats hingewiesen zu haben, was die nationalsozialistischen Verhandlungspartner geneigt machte, die Forderung für das Weiterbestehen der katholischen Jugendverbände trotz der Gründung der Reichsjugend zu geben.

Der Fuldaer Hirtenbrief, der Sonntag in den katholischen Kirchen zur Verkündung kam, ist infolge der schonenden Verhandlungen bedeutend zurückhaltender als der, der im September vergangenen Jahres von den Kanzeln verlesen wurde. Viele der Streitfragen, die das Verhältnis zwischen Kirche und nationalsozialistischem Staat betreffen, werden in dem Hirtenbrief nicht berührt.

In dem Hirtenbrief heißt es u. a.: „Es ist die Pflicht der katholischen Bischöfe, für den katholischen Glauben Zeugnis abzulegen, für seine Verbreitung und Befestigung in den menschlichen Seelen, zumal in den jugendlichen zu sorgen und die Angriffe gegen den Glauben mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Von der Erfüllung dieser unserer wesentlichen Pflicht kann aus auch deswegen in der Gegenwart nichts, aber auch gar nichts zurückhalten, und je mehr wir bemühen, das Glaubensbewußtsein in den Erwachsenen und Jugendlichen zu erhalten und den Weg einem Neubeitend zum zu bahnen, desto mühtiger müssen wir an die Spitze unseres katholischen Volkes treten und desto lauter als Glaubenslehrer unsere Stimme erheben. Wir haben auch in der jetzigen Zeit, die nicht bloß nach den Ansichten mancher einen Umbruch auf politischem, sondern auch auf religiösem Gebiete bedeuten soll, immer und immer wieder, zumal in den Zusammenkünften in Fulda, gemahnt und gewarnt und nichts unterlassen, um dem deutschen Volke einen Kulturkampf zu ersparen.“

Trotzdem scheint der Kampf nicht abzulassen, sondern mit wachsender Kraft die Seelen des deutschen Menschen zu umtosen.

Nichts lassen unsere Gegner unberührt, um Zweifel unter die Menschen zu streuen, den Zusammenhang der Gläubigen mit ihren Bischöfen und dem Heiligen Vater in Rom zu lockern, indem sie bald das Christentum als nicht anheimlich bezeichnen, bald aus der Geschichte alles zusammentragen, was geeignet sein könnte, Kirche und Glauben in Verfall zu bringen. Neben gewissen Unterrichtsfragen und Heimabenden sind es namentlich gewisse Bücher, Zeitschriften und Zeitungen, die sich in den Dienst des modernen Unglaubens stellen, um bald offen das zu bekämpfen, was uns hehr und heilig ist, bald aus verbotenen Stellen und mit schändlicher Sachlichkeit den Glauben anzugreifen und die katholische Glaubensfreiheit auszulöschen. Demgegenüber bleibt uns nichts anderes übrig, als vor solchen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen mit allem Nachdruck zu warnen und deren Vertilgung unseren Tätigkeiten zu verbieten. Die Gläubigen bitten wir aber, sich in katholischer Treue und Charakterfestigkeit an diese Verbote zu halten und sie nicht durch Lesen und Aufbewahren solcher Zeitschriften und Bücher oder durch Teilnahme an gefährlichen Heimabenden und Schulungsstunden zu übertreten.“

Arbeiter und Angestellte

„Beseitigung der Unterschiebe nicht durchführbar“

Im Zusammenhang mit dem Versuch eines großen deutschen Unternehmens, auch für Arbeiter die monatlichen Lohnabrechnungen einzuführen, weist die vom Leiter des Sozialamtes der Deutschen Arbeitsfront herausgegebene „RZ-Sozialpolitik“ darauf hin, daß man den tatsächlich noch vorgefundenen Unterschied zwischen „Arbeiter“ und „Angestellte“, zwischen dem „Lohnempfänger“ und dem „Gehaltsempfänger“ durch rein äußerlich in Erscheinung tretende monatliche Lohnabrechnung nicht beseitigen könne. Hier seien einschneidendere Maßnahmen notwendig, wie Sicherung des Arbeitsplatzes, gleiche Bemerkung der Rüdigungsstrafen, Zahlung eines monatlichen Lohnes oder — bei Beibehaltung der bisherigen Lohnzahlung — Weiterzahlung des Lohnes auch in Krankheitsfällen, bei vorübergehender Beurlaubung und für die sogenannten Wochenfeiertage, kurz: Behandlung des Arbeiters hinsichtlich der Arbeitsbedingungen in gleicher — annähernd gleicher Weise, wie sie für den Angestellten üblich ist. Daß solche einschneidenden und unumwandelbaren Verbesserungen mit Rücksicht auf die gesamte wirtschaftliche Lage ganz allgemein im Augenblick nicht durchführbar seien, bedürfte keiner Erörterung.

Deutsches Blut geküßt. Der Reichsminister für Ehegenehmigungen, der beim Reichsministerium des Innern gebildet worden ist, erhält von jetzt ab den Namen „Reichsamt für Ehegenehmigungen“.

er im Raume herumwirbelt. Und manchmal schneift er in die Nacht hinaus und streift um die Häuser, so daß kein Brausen erkörnt wie das Rauschen des Meeres in der Ferne. Aber dann kehrt er wieder mit erneuter Stärke und er reißt das Getöse ergrünter Brandungen mit sich herein in die Wohnung des Todes, und ich fühle es aus dem Geruch von Tränen, Blut und Schweiß, wie er an mir vorbeiwirbelt. Es war eine Nacht im Inferno.

Man sagt, daß diese von den Klagenweibern angeführte Trauer nicht wirklich sei. Sie ist mehr als wirklich. Es ist etwas von der ewigen Fein, was die Trauernden ergreift. Es ist, als ob die bösen Geister sie in ihre Klauen belämen, sie mit oder gegen ihren Willen peinigten und sie zwingen, dem Hoffnungslosen Schmerz ihrer Seelen einmal Auslaß zu gewähren, es mögen nun Labortische sein, die ihre Brust mit Nägeln aufreiben, Gelben, die wie die Krossigaller ihren Körper mit Dornen zerfleischen. Ich bin wirklich Trauer und der Verzweiflung der Hölle niemals so nahe gewesen wie hier.

Als ich am anderen Tage fortritt, begegnete ich dem Trauerzuge, der sich zum Karneval gekleidet hatte, angeführt von einer halbdunklen Sklavine, die mit klauenförmigen Fingern Blut aus Schweiß von Brust und Stirn wischte...

Emile Vandervelde 70 Jahre alt

Am 25. Januar feierte Emile Vandervelde, der Führer der belgischen Arbeiterpartei, seinen siebenzigsten Geburtstag. Aus diesem Anlaß hatte das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale an Vandervelde, der bis zu seinem Eintritt in die belgische Regierung Präsident der Sozialistischen Arbeiter-Internationale war, nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Lieber Genosse Vandervelde!

Das Büro der S. A. I. bemüht die Gelegenheit Ihres siebenzigsten Geburtstages, um Ihnen, der Sie solange in seiner Mitte als Präsident der Internationale gewirkt haben, die Gefühle der Freundschaft und der Verehrung auszudrücken, die jeder von uns für Sie empfindet.“

Sie haben und lieben in Ihnen nicht nur den Politiker, den Parlamentarier und Schriftsteller, der erfolgreich mitgeholfen hat, die Arbeiter Belgiens in einer mächtigen Partei zu sammeln, deren Aufstieg in ihrer Teilnahme an der Regierung des Landes findet. Sie haben und begründen in Ihnen vor allem den unentwegten Kämpfer, den internationalen Sozialisten, der niemals, auch nicht in den schwierigsten Zeiten, auch nicht als Träger eines Regimentsamtens aufgegeben hat, dem Sozialismus und der Internationale zu dienen.

Sie freuen uns, daß dieser alte Kämpfer so jung geblieben ist. Wir beklammern die belgische Arbeiterpartei dazu, daß sie auch weiterhin und heftig noch für lange Zeit auf Ihren Rat und Ihre Mitarbeit zählen kann. Wir danken Ihnen für die Treue und Laßt, die Sie stets für den Gedanken der Emanzipation der Arbeiterklasse eingeleitet haben, für die nie ermattende Solidarität, die Sie den Opfern des Kampfes um Freiheit und Recht in allen Ländern immer wieder bewiesen haben und grüßen Sie im Namen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.“

Das „vierteljüdische“ Kind

Der Vater für die Erziehung ungeeignet. Ein Gerichtsurteil.

Das Landgericht Dresden hat in einem Streitfall die Entscheidung getroffen, daß nach einer Entscheidung die Erziehung eines vierteljüdischen Kindes nicht in die Hände seines jüdischen Vaters gelegt werden dürfe. Das Kind stammte aus einer Ehe, die aus alleiniger Persönlichkeit des jüdischen Mannes geschlossen worden war, so daß die Sorge für die Person des Kindes der geschiedenen Frau anstand, die arischer Abstammung war. Das Vormundschaftsgericht hatte jedoch die Sorge für das Kind auf den Vater übertragen, mit der Begründung, daß sich die Mutter bei der Behandlung der Unterhaltungsangelegenheit weit weniger vom Wohl des Kindes als vom Haß gegen ihren bisherigen Gatten leiten lasse und das Kind hierdurch gefährde. Auf die Beschwerde der Mutter hob das Landgericht, wie die „Juristische Wochenschrift“ mitteilt, die Verfügung des Vormundschaftsgerichtes auf. Es erklärte, die Uebertragung der Fürsorge auf den geschiedenen Mann sei voraus, daß er für die Erziehung des Kindes geeignet sei. Diese Eignung müsse jedoch mit Rücksicht auf die gesetzliche Regelung verneint werden, die die Zuständigkeit in den Nürnberg Gesetzen gefunden habe. Der Vater des Kindes habe drei der Rasse nach volljüdische Großeltern und sei somit Volljude. Sein Kind habe, da seine Mutter arisch sei, einen volljüdischen Großelternanteil, nämlich den Großvater väterlicherseits. Es sei also Mischung zweiten Grades, ein sogenannter Vierteljude. Für diese Mischung sei die gesetzliche Regelung dahin erfolgt, daß sie durch ihre Abstammung völlig im deutschen Volk aufgehen sollten. Bei dieser Sachlage sei es nicht angelegentlich, die Erziehung eines vierteljüdischen Kindes in die Hände seines jüdischen Vaters zu legen, denn durch dessen jüdischen Einfluß würde die vom Gesetzgeber gewünschte Vermischung des Kindes mit dem deutschen Volk, vor allem in weltanschaulicher Hinsicht, mindestens in Frage gestellt werden.

Waldemar sollte entführt werden

Ein dreifaches Unternehmen hantlicher Offiziere

Wie aus Romo berichtet wird, ist bei dem kürzlich stattgefundenen Prozeß vor dem Feldgericht in Romo gegen die Organisatoren des letzten Putschs gegen die Regierung der Soldemar, der gegenwärtig eine 15-jährige Gefängnisstrafe wegen des angeblich von ihm im Jahre 1934 angezettelten Putschs verbüßt, aus der Romover Kränze zu entführen. Vor dem Gefängnisgebäude fuhr ein Militärkranz vor, dem drei Offiziere entzogen. Die Offiziere begaben sich zum Gefängnisdirektor und überreichten ihm einen schriftlichen Befehl des Stadtkommandanten, für drei Stunden Waldemar herauszugeben, der als Zeuge vor Gericht vernommen werden soll. Der Gefängnisdirektor schloß keinen Verdacht, hat jedoch die Offiziere, einen Augenblick zu warten, da er, der Gefängniswache einsehend, sich telefonisch an den Stadtkommandanten um Bestätigung des Befehls wenden mußte. In dem Augenblick, als sich der Gefängnisdirektor dem Telefon näherte, drohten ihm die Offiziere mit Revolvern, banden ihm am Kopf fest und verzwangen ihm den Mund. Sie verließen dann das Gebäude und fuhren mit dem Auto ab. Als das Personal der Gefängnisverwaltung den Direktor aus dem Gefängnis befreite, kamen Alarm und Besorgung schon zu spät. Die Offiziere waren spurlos verschwunden.

In der Untersuchung wurde festgestellt, daß es sich um Offiziere der aktiven Armee gehandelt hat. Die Nummer des zweifelslos militärischen Autos war gefälcht.

Aus aller Welt

Die belastenden Zeichen im Tagebuch

Seeefeld kann keine Erklärung dafür geben

Zum Mordfall Ernst Tesdorff in Ludwigslust erklärte der Angeklagte Seeefeld in seiner am Dienstag fortgesetzten Vernehmung vor dem Schwurgericht, er kenne wohl rein äußerlich die betreffende Wohnung an der Landstraße Schwerin-Ludwigslust, nicht aber den Täter. Er wisse von dem Mord nicht. Die ihm vorgehaltenen Zeugnisaussagen, die befunden, daß Seeefeld am fraglichen Tage, dem 2. November 1933, mit dem ermordeten Knaben gesehen worden ist, bestritt Seeefeld entschieden.

Sodann wurde Seeefeld zu dem Rostocker Mord vom 22. November vernommen. An jenem Tage verschwand der damals 19 jährige Alfred Praeforius, der einige Zeit später im Schilf tot aufgefunden wurde.

Aus den Vorhaltungen, die dem Angeklagten gemacht wurden, und die er in allen ihm belastenden Punkten ebenfalls bestritt, geht hervor, daß nach dem Ermittlungsergebnis der Staatsanwaltschaft Seeefeld in der Zeit vom 21. November bis 24. November 1933 in der Umgebung Rostocks weilte, daß er die Eintragung des Ortsnamens Rostock für den 21. November 1933 in seinem Notizbuch unkenntlich zu machen versucht hat, daß er weiter am 22. November 1933 in unmittelbarer Nähe des Fundortes der Leiche gesehen worden ist, daß er in seinem Notizbuch für den 21. und 22. November falsche Eintragungen gemacht hat, und daß er auch an den Tagen um diesen Mordtag herum seinen Aufenthalt ständig wechselte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde der Angeklagte zum Mordfall Wolfgang Meßdorf in Potsdam vernommen. Der damals achtjährige Junge verschwand am 7. Juni 1933,

am Tage vor seinem Geburtstag.

Er war morgens von seiner Großmutter weggegangen, um seine Urgroßmutter aufzusuchen und ist dort nicht angekommen. Er ist später noch an diesem Tage in Potsdam gesehen worden. Am 26. Juli 1933 wurde er bei einer Roggenmähde mitten in einem Kornfeld gefunden. Auch diese Knabenleiche lag in Schlafstellung. Eine sehr verdächtige Eintragung in Seeefelds Tagebuch findet sich im Anschluß an den Mordtag für Mittwoch, den 7. Juni 1933. Hier fehlt die Ortsangabe. Statt dessen sind hier vier Nullen gesetzt, welche durchstrichen sind, und ein Minuszeichen, das andeutet, daß der Angeklagte auch diese Nacht im Freien verbrachte. Auch in den beiden nächsten Tagen hat Seeefeld in der Umgebung von Spandau im Freien übernachtet. Obwohl Seeefeld gebürtiger Potsdamer ist, behauptet er, er kenne die Gegend, wo der Junge tot aufgefunden wurde, nicht. Er will auch nicht erklären können, was die vier durchstrichenen Nullen zu bedeuten hätten und wird dann darauf hingewiesen, daß auch bei den Mordtagen der Fälle Thomas-Wittenberge, Praeforius-Mord und Gniel-Wittenberge ebenfalls unerklärliche Zeichen im Tagebuch eingetragen sind. Ebenso verhält sich der Angeklagte zu den ihm sonst noch vorgehaltenen Verdachtsmomenten dieses Mordfalles und bestritt alles mit seiner häufigen Redensart: „Meine Person kommt nicht in Frage.“

Am Ostermontag 1933, dem 16. April, wurde bei Wittenberge der elfjährige Schüler Kurt Guitl ermordet. Der Junge hatte an dem Morgen ein freudiges und doch eigenartig auffallendes Wesen in seinem Elternhaus zur Schau getragen,

war dann fortgegangen, um Verwandte zu besuchen und seitdem spurlos verschwunden, bis zwei Tage später seine Leiche in der Kiefernhecke außerhalb Wittenberges gefunden wurde. Die Leiche lag an einem Wildwechsel etwa 30 Meter von einer Schneise entfernt. Auch in diesem Falle machte die Leiche den Eindruck, als sei der Junge im Schlaf erstickt. Seeefelds Tagebuch weist auch zu diesem Mord eine merkwürdige Lücke auf, indem die Eintragung für den 15. April gänzlich fehlt. Außerdem ist für den 14. April die ursprünglich eingetragene Ortsangabe Wittenberge nachträglich unleserlich gemacht. Auch in diesem Falle antwortet Seeefeld auf alle Vorhalte mit Ausflüchten und mit der Behauptung, er käme auch für diesen Mord nicht in Frage.

Damit ist die Vernehmung des Angeklagten zu den einzelnen Morden beendet.

In allen Fällen hat der Angeklagte die Taten bestritten.

Es wurden dem Angeklagten dann noch alle allgemeinen Indizien für den Tod der zwölf Knaben durch fremde Schuld vorgehalten, insbesondere die Gleichzeitigkeit der Umstände beim Verschwinden der Knaben, der Befunde an den Leichen und der Fundorte. In diesem Zusammenhang wurde der Angeklagte weiter befragt nach merkwürdigen Antworten, die er bei den staatsanwaltlichen Vernehmungen in der Voruntersuchung gab. Viele dieser Neußerungen sehen aus wie ein Anlauf zu einem Geständnis, andere dagegen wieder bedeuten das genaue Gegenteil. Seeefeld gibt zu allem, was ihn belasten könnte, nach seiner bisherigen Taktik ausweichende Antworten, aber keine klaren Erklärungen.

Am Mittwoch werden vom Schwurgericht Lokaltermine abgehalten werden.

Sensationelle Presse-Affäre im Dritten Reich

Gegen die Verleger des „Hamburger Fremdenblattes“, Broschek, ist von nationalsozialistischer Seite ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Reichspressengesetz eingeleitet worden. Broschek wird vorgeworfen, daß er aus persönlichen Bindungen zur Freimaurerei den Bericht eines Schriftleiters von einem Aufklärungsvortrag über das Wesen des Freimaurertums in formstichelter Weise so gefälscht habe, daß eine Entlastung für das Freimaurertum daraus wurde. Darin steht die nationalsozialistische Presse ein Verbrechen, das nur mit Gefängnis und Entziehung der Verleger-Erlaubnis zu sühnen sei.

10jähriger Junge ermordet

Der 10 Jahre alte Sohn Robert des Hüttenarbeiters Diez aus Niederberg wurde am Montag, abends gegen 7 Uhr, von seinen Eltern nach Mittelberg geschickt, um Milch dorthin zu bringen. Als der Junge in den späten Abendstunden noch nicht zurückgekehrt war, benachrichtigten die Eltern die Polizei.

In einer Fichtenhecke unweit der ersten Häuser von Niederberg wurde das Kind als Leiche aufgefunden. Nach den näheren Umständen zu schließen, liegt Mord vor. Die Sühnung nach dem Täter hat bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Schlepper gerät in den Sog

Kurz außerhalb des Hafens von Rotterdam ereignete sich ein sonderbarer Unfall. Der norwegische Tanker „Evevor“ wurde von zwei Schleppern aus dem Hafen auf das offene Meer gezogen. Der Schlepper „Deeds“ wurde am Ausgang des Hafens am Hinterteil des Schiffes festgemacht, als der „Evevor“ mit eigener Kraft weiterfahren wollte.

Bei der Anjahnarbeit der eigenen Maschinen stellte es sich heraus, daß sie zum Teil leer liefen. Der Maschinist wollte nun die Gänge der Maschine ausprobieren und gab volle Kraft. Die Maschinen reagierten im gleichen Augenblick und es entstand durch die Arbeit der Schraube ein Sog, in den der Schlepper geriet. Er wurde umgeworfen. Obwohl sofort Hilfe zur Stelle war, ertranken zwei Mann der vierköpfigen Besatzung.

Durch Kohlenoxydgase in der Kajüte getötet

Verhandlung vor dem Seeamt

Das Flensburger Seeamt verhandelte über den Tod des Jungmanns Erwin Kranz an Bord des deutschen Motorjagers „Anna“. Es wurde folgender Spruch gefällt: Am 4. Dezember 1933 ist im Hafen von Schleswig auf dem deutschen Motorjager „Anna“ der Jungmann Erwin Kranz aus Tilsit, geboren am 19. Februar 1920, in der Mannschafskajüte tot aufgefunden worden. Als Todesursache wurde Kohlenoxydgasvergiftung festgestellt. Es handelt sich um einen Unglücksfall. Die Schiffsleitung trifft kein Ver schulden.

Explosion an Bord eines amerikanischen U-Bootes. An Bord des amerikanischen U-Bootes „Z. 40“, das sich zur Ueberholung auf der Westküste befand, ereignete sich eine schwere Explosion der Akkumulatorenbatterie. Acht Besatzungsmitglieder wurden verletzt, von ihnen fünf schwer. Das Boot selbst wurde stark beschädigt.

Reichsdeutsche Gerichtsurteile

Gefängnisstrafen für kritische Neußerungen

Für die Neußerung: „Wie ist es so schlecht gegangen wie in den letzten zwei Jahren, aber es kommen auch wieder andere Zeiten“, wurde die Kaufmannsrau Toni Wigton vom Sondergericht in Karlsruhe zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

In einem Kaffeehaus in Bruchsal unterhielten sich vier Nationalsozialisten mit dem früheren Anhänger der Zentrumspartei Robert Santer. Man sprach über einen Artikel in einer nationalsozialistischen Zeitung, und Santer bemerkte, wenn man die Wahrheit wissen wolle, müsse man andere Zeitungen lesen. Vor Gericht bestritt Santer, diese Neußerung getan zu haben. Da aber die Nationalsozialisten bei ihrer Aussage lügelten, lautete das Urteil auf fünf Monate Gefängnis.

Ein katholischer Geistlicher aus Bochum redete im Weichenthal einem jungen Mädchen aus. Es solle einem christlichen Verein beitreten. Auf ihren Einwand, der offizielle „Bund deutscher Mädel“ gestatte eine solche Mitgliedschaft nicht, entgegnete der Geistliche: „Wer hat denn mehr zu sagen, der Staat oder die Kirche?“ Das erzählte das junge Mädchen seiner Klassenlehrerin, die Anzeige erstattete. Der Geistliche wurde vom Dortmunder Sondergericht zu 1500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Polizeiwachmeister niedergestochen

Auf der Polizeiwache im Rathaus von Oberursel im Taunus, überfiel in den Abendstunden des Sonntags ein Mann den Polizeiwachmeister Homm, der sich allein im Bereitschaftsdienst auf der Polizeiwache befand. Der Eindringling, der offenbar mit irgendeinem Anliegen das Dienstzimmer betreten hatte, ermordete den Beamten durch zahlreiche Stiche in die Brust. Der Hausmeister, der durch die Hilferufe des Ueberfallenen aufmerksam geworden war, verständigte einen anderen noch im Hause befindlichen Polizeibeamten. Diesem gelang es, den Täter festzunehmen.

Die Ermittlungen ergaben, daß es sich bei dem Mörder um den 38 Jahre alten Friedrich Georg aus Oberursel-Bommersheim handelt. Georg hatte schon vor der Wirttat im Rathaus im Hause seiner Braut im Stadtteil Bommersheim eine Auseinandersetzung mit seinem zukünftigen Schwiegervater, in deren Verlauf er diesen mit dem gleichen Messer, das er später zu dem Mord benutzte, einen Stich in das rechte Handgelenk versetzte. Der Mörder wurde von der Mordkommission in das Frankfurter Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Die Gründe zur Tat sind noch nicht bekannt. Bei seiner Verhaftung behauptete der Täter, daß der Polizeibeamte ihn beleidigt habe.

Mord und Selbstmord

Eine Verzweiflungstat, die zwei Opfer forderte, beging in Elze (Hannover) ein junger Mann. Er hatte in Langenhagen eine kleine Werkstatt betrieben, die ihm jedoch keine Lebensmöglichkeit bot, so daß er sie schließlich aufgab. Seine Braut hatte sich daraufhin von ihm zurückgezogen. In seiner Verzweiflung sah er den Entschluß, seine Braut und sich selbst zu töten. Am Montag kam er nach Elze und begab sich hier in eine Scheune, die der Wohnung seiner Braut gegenüberlag. Als seine Braut am Fenster erschien, gab er einen tödlichen Schuß auf sie ab. Dann erschoss er sich selbst.

Gefängnis- und Geldstrafen im „Morro Castle“-Prozeß

Das Bundesgericht in Newport fällt im „Morro Castle“-Prozeß das Urteil. Wegen verbrecherischer Fahrlässigkeit erlitten der Cheingenieur Abbott 4 Jahre Gefängnis, der stellvertretende Kapitän Wams 2 Jahre Gefängnis, der leitende Direktor der New York und Cuba Mail Steamship Co., Henry Cabaud, ein Jahr Gefängnis und 5000 Dollar Geldstrafe mit Strafausschub für die Gefängnisstrafe. Die Schiffsfahrts-Gesellschaft wurde zur Höchststrafe von 10 000 Dollar verurteilt.

Sauerstoffexplosion. Bei den Vereinigten Oberhiesischen Hüttenwerken A.-G. in Gleiwitz ereignete sich Dienstag mittag im Fallraum für Sauerstoff-Flaschen eine Explosion. Drei Arbeiter wurden dabei auf der Stelle getötet. Aufsehender entstand beim Füllen der Flaschen eine Stichflamme, die den ganzen Raum blitzartig in Brand setzte. Das Feuer konnte bald gelöscht werden. Der Sachschaden ist, wie die Verwaltung der Gesellschaft mitteilt, nicht sehr groß.

Der Beweis

Von Hellmut von Kollke

Der türkische Kavalleriegeneral Dams-Pascha stand seit langem mit einem arabischen Stamm in Verhandlungen. Es galt dem Ankauf einer edlen Stute, die für den Betrag von 6000 Mark dem Käufer in Mardin übergeben werden sollte.

Zur verabredeten Stunde trifft der Stammeshäuptling mit der Stute im Palaste des Paschas ein. Dieser verkauft noch einmal, den Kaufpreis niedriger zu gestalten, stolz erwidert aber der Scheich, daß er nicht einen Pfennig ablasse. Verdrießlich wirft der Türke endlich die Summe mit der Bemerkung hin, daß 6000 Mark ein unerhörter Preis für ein Pferd seien.

Der Araber blickt ihn schweigend an, bindet das Geld sorgsam an seinen Gürtel und steigt in den Hof hinab, um Abschied von seinem Pferde zu nehmen. Er flüchelt ihm zärtlich arabisch Koseworte ins Ohr, streicht über Stirn, Augen und Nase, untersucht die Hufe und schreitet bedächtig und mürrisch um das aufmerksame Tier.

Blöckelnd schwingt er sich auf den nackten Rücken des Tieres, das angeblich durch die verdußte Menge jetzt und zum Tor hinauszieht.

Im Morgenlande stehen die Pferde tags und nachts mit einem Sattel aus Filzdecken, Reis auf den Hintern des Reiters bereit. So dauerte es nur wenige Minuten, bis die Serie des Pascha dem Flüchtigen nachlagten.

Der unbeschlagnete Hof des arabischen Hofes war die unbesenen Quadranten des khalifischen Palastes nicht gewohnt und mit Vorlicht eilte es den holprigen, steilen Weg vom Schloß hinab. Die dünnen, ringförmigen Hufeisen der Türkensperde ließen diese Hindernisse der schlechten Straße mit spielender Leichtigkeit nehmen.

An der Stadtbegrenze hatten die Verfolger den Scheich benahe erreicht, aber in der Ebene war der Araber in seinem Element und jagte in gerader Richtung fort, hier hemmten weder Gräben, Flüsse oder Berge seinen Lauf. Wie ein geschützter Fels, der beim Rennen führt, verdrängte der Scheich nicht so schnell, sondern so langsam wie möglich zu reiten. Sich händig nach seinen Verfolgern umsehend, hielt er sich stets außer Schußweite, kamen sie näher, beschleunigte auch er die Schnelligkeit, blieben sie zurück, vergrößerte auch er die Gangart seines Pferdes. Hielten sie ermüdet an, so ritt auch er langsam im Schritt weiter. So ging die Jagd fort, bis die Sonnenhitze sich gegen Abend senkte, dann erst

nahm er die geschonten Kräfte der Stute in Anspruch und kloß mit lautem Aufbruch davon.

Der Boden erdröhnte unter dem Stampfen der kräftigen Hufe und bald verriet nur eine leicht Staubwolke die Richtung, nach welcher der Scheich entflohen war.

Die kurze Dämmerung ging in Nacht über und die Türken befanden sich ohne Lebensmittel und Trinkwasser fünfzehn Stunden ungefähr von Mardin entfernt, und es blieb ihnen nichts anderes übrig, als umzukehren und dem ermüdeten Herrn die unwillkommene Botschaft zu bringen, daß Reis und Reiter und Geld verloren seien.

Erst am dritten Tage trafen sie, halbtot vor Erschöpfung und Hunger, mit ihren Pferden, die sich kaum mehr schleppen konnten, im Palaste des Paschas ein, und es blieb ihnen nur der traurige Trost, über die Treulosigkeit der Araber zu finden und das Wunderpferd des Verräters zu loben und dem Pascha vorzusetzen, daß so ein Tier auch mit 1000 Mark mehr nicht überzählt wäre.

Als der Jwan am nächsten Tage zum Morgengebet rief, hörte der Pascha Aufschlag unter seinem Fenster und sah zu seinem Entsetzen den Scheich auf der Stute seelenruhig in seinen Hof einreiten.

„Herr“ rief dieser ihm zu, „Herr, willst du nun dein Geld oder mein Pferd?“

Weitere Professoren-Entlassungen. Folgende habsche Professoren wurden zur Ruhe geleitet, größtenteils infolge der Arierbestimmungen: der Professor für organische Chemie, Dr. Stefan Goldschmidt an der Technischen Hochschule Karlsruhe; der Professor für romanische Philosophie, Dr. Hellmut Casfeld an der Universität Heidelberg; der planmäßige außerordentliche Professor für theoretische Physik, Dr. Johann Königberger an der Universität Freiburg; der ordentliche Professor für römisches und deutsches bürgerliches Recht an der Universität Freiburg, Dr. Fritz Pringsheim; der Professor für Fortbotanik, Dr. Felix Kamitscher, an der Universität Freiburg; der Professor für Immunität, Dr. Serunforyan, Dr. Hans Sachs, an der Universität Heidelberg.

Der Ergänzungsband. In die Buchhandlung trat ein junger Mann: „Sie haben ein Buch im Fenster: „Tausend Mittel, schnell reich zu werden.“ Der Verkäufer holte das Buch. Der junge Mann nickte: „Ich nehme es.“ — „Dart ist Ihnen zugleich ein Ergänzungsband zu diesem Buche anbieten?“ — „Welches?“ — „Da jagte der Verkäufer lächelnd: „Das Straßengebüch.“

Romain Rolland 70 Jahre alt

Ein Vorkämpfer für die Freiheit und Gerechtigkeit

Die französische Literatur der Gegenwart ist reich an begabten Schriftstellern. Es gibt ungenügende Talente, vornehme Artisten, geniale Naturen. Weiter des Stils, elegante Symbolisten, kultivierte Künstler hohen Ranges. Romain Rolland, der heute sein achtzig Lebensjahrzehnt beginnt, unterscheidet sich von fast allen durch eine einzige Tatkraft: Talent und Charakter decken sich, sind eins. Sein Widerstreit zwischen dem Künstler und dem Menschen, wie bei den meisten. Hier kämpft ein Unbeirrbarer, hier arbeitet ein abseits lebender Fanatiker des Rechts, hier formt und gestaltet ein kompromißloser Schöpfer die Visionen seiner Phantasie.

Mit dem Roman „Jean-Christophe“ eroberte Rolland Welttrium. Seine Biographien Michelangelo, Beethoven, Tolstois wurden in alle Sprachen übersetzt. Er empfing Ehrentugenden aller Art, wurde Träger des Preises Academie Francaise und 1918 erhielt er gar den Nobelpreis. So viel er gerühmt wurde, so viel wurde er — vornehmlich wegen seiner Haltung als Pazifist im Kriege — beschimpft, geschmäht und verkannt. Er hat seit seines Lebens die Lüge bekämpft. So blieb er, der Fanatiker der Wahrheit, einfall. Der Einname wurde zum Bekenner, zum Aufrührer, zur Stimme des Gewissens in Europa. Er war einer der ersten Pioniere für die Einigung aller europäischen Völker. Er forderte — mitten während des Massenmordens — den Zusammenbruch Europas. Mit nur ganz wenigen unter den heute lebenden Intellektuellen hat er kühn und unerbittlich gegen den Krieg, für die Ausbreitung der Wahrheit und die Verwirklichung der Gerechtigkeit gekämpft. Rolland ist immer auf Seiten der Erniedrigten und Verleibigten gegen Unterdrücker und Mächtiger, auf Seiten der Armen gegen die Reichen.

Ein anderer Großer, der für Gerechtigkeit und Frieden kämpfte und den leidenden Millionen half, Fritz Hofmann, sagte einmal von Rolland: Der Name Romain Rolland klingt durch unsere trübe, zerrissene Zeit wie eine ichöne Harmonie, die zur Arbeit für die kranke, leidende Menschheit mahnt und in dem Dunkel das Vertrauen härt, daß trotz der scheinbaren Verrohung der Menschheit ein neuer Tag kommen werde. Er ist die leidenschaftlichste Verfoerperung der Völkervereinigung, der Nächstenliebe, wodurch unsere unglücklich, irrende Menschheit allein gerettet werden kann.

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

Danziger Marktberichte

Auf dem Danziger Getreidemarkt war das Angebot aus Polen in der Berichtswoche ziemlich groß. Dieses erhöhte Angebot wirkte sich in der Zufuhr nach Danzig aus. Allein auf der Speisebahn in der Hafenstraße war am Montag dieser Woche ein Eingang von circa 50 Waggons Getreide zu verzeichnen, wozu noch die weiteren Ankünfte auf den Bahnhöfen Kaiserhafen, Weichselbahnhof und Polm mit zusammen etwa 150 Waggons kommen. Diese gerade am Wochenbeginn eintreffende Zufuhr der Zufuhren veranlasste die hiesigen Exporteure, mit weiteren Käufen etwas zu pausieren. Auch spielt die Nachfrage hierbei eine Rolle, da größere Verladungen erst wieder Anfang Februar zu erwarten sind. Die infolge dessen aufgetretene Abschwächung der Preise hatte zur Folge, daß das Angebot aus Polen bei den ermäßigten Preisen nachgelassen hat.

Bei Weizen ist auf die geringere Exportnachfrage hin der Preis, der bereits eine Höhe von 20,5-20,40 Hloto hatte, wieder auf etwa 19,75 Hloto zurückgegangen.

Reisenernte im letzten Jahr nach dem Auslande nicht verkauft werden. Die Einfuhrmengen nach Belgien sind erheblich. Doch sollen in den nächsten Tagen neue belgische Einfuhrkontingente erteilt werden. Der Roggenpreis liegt bei 13,20 Hloto.

Getreide: Futtergerste 105 Pfd. ist unverändert bei 14,90, nommerische/Potener Dinkelweizen 110 Pfd. bei 15 Pfd., 1145 Pfd. bei 15,10. Mittelsaat 11. Ruster sind schwerer veräußert. Der Preis liegt zwischen 15,25 und 15,40 Hloto. In guten Qualitätsgersten die mit 15,75 bis 16,50 Hloto gehandelt werden, ist wenig Geschäft.

Haber kann bei einem Preise von 13,90-14 Hloto nur geringen Absatz verzeichnen. Sälzenfrüchte sind geschäftslos. In Del- und Kleesaaten hat sich in der Berichtswoche die Tendenz gegenüber der Vormoche nicht geändert.

Der Danziger Futtermarkt zeigt in der Berichtswoche keine großen Änderungen. Die Nachfrage hat sich noch nicht verbessert. Die Preise haben sich auch weiterhin auf dem bisherigen Stande behauptet. In der Berichtswoche sind aus Norwegen einigere hundert Tonne Elce-Ferenge in Danzig eingetroffen, die aber bald vergriffen waren. Mit den nächsten Tonnendampfern werden weitere Einfuhren erwartet. Die Preise für Elce-Ferenge sind verhältnismäßig hoch. Es werden dafür 40-45 Hloto bezahlt maggoufrei Danzig je nach Größe gezahlt. Es ist jedoch weiterhin damit zu rechnen, daß die Preise billiger werden. Kanaalkaule aus Harmond sind nicht zu verzeichnen.

Aktive Zahlungsbilanz der U.S.S.R.

Zufuhr von Rohstoffen gestiegen

Im Jahre 1935 hat die Sowjetunion neben einer aktiven Zahlungsbilanz zum ersten Male auch eine aktive Handelsbilanz erzielt. Dieser Umstand ermöglicht es, die Zufuhr verschiedener Rohstoffarten zu vergrößern und diese Güter dem sich rasch entwickelnden Binnenmarkt zuzuführen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1935 wurde die sowjetische Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, Glas- und Porzellanartikeln und verschiedenen anderen Warenverarbeitungsprodukten aus westeuropäischen Ländern stark vergrößert. Gegenüber der Zufuhr von Filanzenöl, Eisen, Seltenermetalle, Schwermetalle, Kohlen, Gummi, Wolle, getrockneten Früchten, Rohwollwaren, Seide und Nahrungsmitteln vollständig eingestrichelt worden. Die sowjetische Handelsbilanz verzeichnet erhebliche die Zufuhr ihrer Erzeugnisse. Der Export von Rohstoffen, Karbonat, verschiedenen Tönen, Leinwand, Seidenstoffen usw. wird im Jahre 1936 eingestrichelt. Vertiefung vertritt sich auch weiter die Zufuhr aus der Sowjetunion für gar nicht, in der Struktur der Zufuhr wichtiger sich wieder nationale Bedürfnisse. Erzeugnisse der Schwerindustrie und jetzt in der Sowjetunion die führende Exportindustrie; die Zufuhr von Erzeugnissen der Schwerindustrie betrug im 11 Monaten des Jahres 1935 insgesamt 27 Prozent der gesamten Zufuhr, während landwirtschaftliche Produkte 13 Prozent, Erzeugnisse der Leichtindustrie 14 Prozent und Erzeugnisse der Nahrungsmittelindustrie 11,5 Prozent ausmachten. Im Jahre 1936 werden der Export von Rohstoffen, Halbfabrikaten und der von landwirtschaftlichen Produkten in der Gesamtbilanz der Sowjetunion mit gleichen Anteilen verzeichnen. In den Verhandlungen, die sich in der Erwartung der sowjetischen Industrie nachziehen, kommt der allgemeine industrielle Charakter der Sowjetunion und die führende Rolle der Schwerindustrie in der Struktur der Sowjetunion in vollem Maße zur Geltung. Weiter kommt hinzu zur Geltung, daß die Sowjetunion nach dem letzten ihrer Schwerindustrie jetzt in der Lage ist, die verschiedenen Güter, die früher eingeführt wurden, den innerstaatlichen Bedürfnissen zuzuführen.

Wirtschaftliche Lage nicht optimal. Die Erzeugnisse, die aus in Deutschland bei der Exportbilligkeit und mit den unter großen Nachdruckstand verzeichneten Erzeugnissen auf keinen Versuch gemacht hat, beschließen sich jetzt auch in Italien. Es dürfte noch in aller Erinnerung sein, daß vor wenigen Monaten die italienische Regierung in erster Instanz durch alle Verhandlungen ging, daß es gelungen sei, ein Stück eines nachherigen Erfolg für Polen mit dem Namen "Sonder" herbeizuführen. Es wurde weiter berichtet, daß die Seite Italien die Produktion der Stahlwerke aufzunehmen habe. In diesem Zusammenhang ist es nicht überflüssig, daß die Produktion der Stahlwerke eine gewisse Rolle in der Wirtschaft der Sowjetunion spielt. Die sowjetische Industrie hat sich in der letzten Zeit sehr gut entwickelt. Die sowjetische Industrie hat sich in der letzten Zeit sehr gut entwickelt. Die sowjetische Industrie hat sich in der letzten Zeit sehr gut entwickelt.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Aus Polen

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Wirtschaftliche Lage in Schweden. Das schwedische Wirtschaftswesen hat in diesen Tagen mit einem beträchtlichen Rückgang zu kämpfen. Verschiedene Gründe, wie die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern, die Unmöglichkeit, die Produktion zu vergrößern.

Probleme um die Lira

Auf den italienischen Börsen macht sich eine starke Kurssteigerung für Aktien bemerkbar, die besonders in den letzten Wochen ein recht lebhaftes Tempo angenommen hat. Beim Zeigen der Kurse haben die metallurgischen Industrien die Führung, da sie ja besonders eng mit der Kriegsführung verknüpft sind und große Kriegsgewinne verzeichnen dürften. Sie konnten bei einigen Papieren fast eine Verdoppelung des vorjährigen Standes erzielen. So ist die Lira von 120 auf 230, die Montecatini von 100 auf 184, die Ansaldo von 200 auf 351 gestiegen. Daneben haben die Papiere der elektrischen Industrie die Steigerung kräftig mitgemacht. In ihnen kommt die Verbesserung zum Ausdruck, die man dem verstärkten Übergang zur elektrischen Kraft beimisst. Die Elektrifizierung größerer Strecken der Eisenbahn und die Umstellung zahlreicher industrieller Werke im Bereich des Sanktionstempels haben den neuen Anstoß zu ihr gegeben. Andere Industriezweige, wie die Textilindustrie, haben nicht in gleichem Maße an der Heraufhebung des Kursniveaus teilgenommen, weil man für sie Schwierigkeiten bei der Rohstoffbeschaffung befürchtet.

Die Erklärung für diese Bewegung kann nur in einem geringeren Teile in den Erwartungen auf hohe Erträge gesucht werden, zumal die Ausschüttung einer Dividende auf 6 Prozent begrenzt und eine Dividendensteuer eingeführt worden ist. In einem Teil kann die Spekulation auf höhere Verlangssätze zur Erklärung herangezogen werden. Eine wesentliche Rolle spielt jedoch die Erwartung einer Veränderung des Geldwertes. Die ungewöhnliche Erhöhung der schwelenden Schulden hat diese Vermutungen noch gefördert.

Die psychologische Bedeutung der Währungsfrage kommt vor allem in der Bewertung der Staatsanleihen zum Ausdruck. Diese Anleihen haben an der Aufwärtsbewegung nicht nur nicht teilgenommen, sondern sind zum Teil beträchtlich abgewertet. Das Schicksal der Renten, die Konvertenzanleihe, ist von ihrem Ausgabekurs (55 Prozent) auf 65 Prozent gesunken und wird auf diesem Niveau durch die Kontrolle der Banca d'Italia gehalten. Dabei hat nicht übersehen werden, daß ein großer Teil dieser Kapitalien nicht mehr den Weg über die Börse nimmt, sondern im Erwerb von Staatsanleihen Anlage sucht.

Die Aktienbörse, die ja nur eine Spielart der bekannten Flucht in die Sachwerte bildet, wie sie uns ja als Begleiterscheinung der Inflation bekannt ist, zeigt die angespannte Lage der italienischen Staatsfinanzen und der italienischen Währung, die auch aus verschiedenen anderen Anhaltspunkten ersichtlich ist.

Starke Erweiterung der Kreditgewährung durch die Sozialisten. In seiner großen Rede auf der Tagung des Zentralrats der Sozialisten in Rom am 1. Februar hat der sozialistische Finanzminister Grillo auch auf die starke Erweiterung der Kreditgewährung der Staatsbank der Sozialisten im Jahre 1935 ein, auf die vor kurzem bereits der Staatspräsident Marjalin hingewiesen hatte. Danach hat die Staatsbank im verflochtenen Jahre die Kredite für die Finanzierung der Produktion und des Warenverkehrs um 92 Milliarden Papiermark erweitert, darunter die Kredite an die Handelsorganisationen um 1,7 Milliarden Rubel, an die Leichtindustrie um 1,6 Milliarden Rubel, an die Lebensmittelindustrie um 2,9 Milliarden Rubel, an die Schwerindustrie um 900 Mill. Rubel, und an die Berechtigungsorganisationen um eine Milliarde Rubel. Die zirkulierende Geldmenge hat nach Angaben von Grillo im Jahre 1935 eine Zunahme um 19 Prozent erfahren.

In den Börsen wurden notiert:

Devisen
Pariser Devisenkurs vom 28. Januar. Von der Kauf von Paris nach folgende Kursen in Danzig: Berlin 100 Reichsmark 21,25; London 1 Pfund Sterling 26,16; Brüssel 100 Belgische Mark 17,96; Amsterdam 100 Gulden 35,08; Stockholm 100 Kronen 116,77; Warschau 100 Zloty 131,93; Prag 100 Kronen 100,20.

Währungen
Pariser Währungen vom 28. Januar. Belgien 62,50 - 59,68; Dänemark 116,77 - 117,23; Frankreich 100 Franc 124,66 - 125,47; Großbritannien 100 Pfund 116,77 - 117,23; Italien 100 Lira 131,93 - 131,91; Niederlande 100 Gulden 35,08 - 35,08; Polen 100 Zloty 131,93 - 131,91; Schweiz 100 Franc 124,66 - 125,47; Spanien 100 Pesetas 166,67 - 166,67; Tschechien 100 Kronen 100,20 - 100,20.

Währungen
Pariser Währungen vom 28. Januar. Belgien 62,50 - 59,68; Dänemark 116,77 - 117,23; Frankreich 100 Franc 124,66 - 125,47; Großbritannien 100 Pfund 116,77 - 117,23; Italien 100 Lira 131,93 - 131,91; Niederlande 100 Gulden 35,08 - 35,08; Polen 100 Zloty 131,93 - 131,91; Schweiz 100 Franc 124,66 - 125,47; Spanien 100 Pesetas 166,67 - 166,67; Tschechien 100 Kronen 100,20 - 100,20.

In den Produkten-Börsen

Pariser Produktenbörsen vom 22. Januar. Getreide und Mehl. Weizen 100 Hektoliter 12,50; Roggen 100 Hektoliter 11,50; Gerste 100 Hektoliter 10,50; Hafer 100 Hektoliter 9,50; Mais 100 Hektoliter 8,50; Weizenmehl 100 Hektoliter 15,00; Roggenmehl 100 Hektoliter 14,00; Gerstenmehl 100 Hektoliter 13,00; Hafermehl 100 Hektoliter 12,00; Maismehl 100 Hektoliter 11,00.

Pariser Produktenbörsen vom 22. Januar. Getreide und Mehl. Weizen 100 Hektoliter 12,50; Roggen 100 Hektoliter 11,50; Gerste 100 Hektoliter 10,50; Hafer 100 Hektoliter 9,50; Mais 100 Hektoliter 8,50; Weizenmehl 100 Hektoliter 15,00; Roggenmehl 100 Hektoliter 14,00; Gerstenmehl 100 Hektoliter 13,00; Hafermehl 100 Hektoliter 12,00; Maismehl 100 Hektoliter 11,00.

Pariser Produktenbörsen vom 22. Januar. Getreide und Mehl. Weizen 100 Hektoliter 12,50; Roggen 100 Hektoliter 11,50; Gerste 100 Hektoliter 10,50; Hafer 100 Hektoliter 9,50; Mais 100 Hektoliter 8,50; Weizenmehl 100 Hektoliter 15,00; Roggenmehl 100 Hektoliter 14,00; Gerstenmehl 100 Hektoliter 13,00; Hafermehl 100 Hektoliter 12,00; Maismehl 100 Hektoliter 11,00.

Pariser Produktenbörsen vom 22. Januar. Getreide und Mehl. Weizen 100 Hektoliter 12,50; Roggen 100 Hektoliter 11,50; Gerste 100 Hektoliter 10,50; Hafer 100 Hektoliter 9,50; Mais 100 Hektoliter 8,50; Weizenmehl 100 Hektoliter 15,00; Roggenmehl 100 Hektoliter 14,00; Gerstenmehl 100 Hektoliter 13,00; Hafermehl 100 Hektoliter 12,00; Maismehl 100 Hektoliter 11,00.

Pariser Produktenbörsen vom 22. Januar. Getreide und Mehl. Weizen 100 Hektoliter 12,50; Roggen 100 Hektoliter 11,50; Gerste 100 Hektoliter 10,50; Hafer 100 Hektoliter 9,50; Mais 100 Hektoliter 8,50; Weizenmehl 100 Hektoliter 15,00; Roggenmehl 100 Hektoliter 14,00; Gerstenmehl 100 Hektoliter 13,00; Hafermehl 100 Hektoliter 12,00; Maismehl 100 Hektoliter 11,00.

Gib die »Volksstimme« weiter!

Heberhaft nach neuen Einnahmequellen. Sie müssen sehr natürliche Ergebnisse abwerfen, wenn die notwendigen Finanzierungsmaßnahmen (nicht nur für die Autobahnen) gesichert werden sollen. Eine radikalnationalsozialistische Kreislauf ist der Vorschlag einer Vermögensabgabe gekommen. Sie sollte 4 Proz. der Vermögen von einer gewissen Höhe an erfassen. Gegen diesen Plan hat Schacht sein Veto eingelegt. Die Radikalen werden wohl auch nicht durchdringen, weil eine Abgabe von diesem Ausmaß gewiss Vermögensverflechtungen, Schiebungen, Panik u. a. m. im Gefolge hätte.

Ebenso ist die Lage der deutschen Auslandsgläubiger nach wie vor ungeklärt. Ein Kuriosum ist es, daß reichlich 400 Mill. RM. der kurzfristigen deutschen Verschuldung von der Kon. -Kassensache für die Auslandsschulden und von der Berechnungskasse für die Clearing-Gläubiger zur Anlage der bei ihnen eingefrorenen Auslandsforderungen übernommen worden sein dürften. Das bedeutet, daß die ausländischen Kapital- und Warengläubiger sich mit einem großen Betrage an der Finanzierung der deutschen Aufrüstung zwangsweise beteiligen. Wenn Dr. Schacht so könnte, wie er wollte, würde er zweifellos die Mitwirkung der ausländischen Kapitalgläubiger noch intensiver gestalten. Daß er für eine Reihe von Jahren ein

Lückenloses Vollmoratorium für die deutschen Auslandsschulden

anstrebt, hat er kürzlich wieder in einer im Auslande viel beachteten Rede erklärt. Darüber hinaus wird ihm noch ein Plan für die endgültige Vereinfachung der deutschen Auslandsschuld für die Zeit nach dem Ablauf eines solchen Vollmoratoriums nachgefragt. Danach soll dem deutschen Wirtschaftsdiktator die Idee vorschweben, daß im Wege der Vereinbarung mit den Auslandsgläubigern die Nennwerte der Anleiheverbindlichkeiten auf etwa 40 Proz. herabgesetzt werden, und zwar unter Reduzierung der Zinsen auf 4 Proz. der neuen Nennwerte. Zur Begründung eines solchen Planes würde sich Dr. Schacht wohl darauf zu berufen versuchen, daß die meisten Anleihen heute sogar unter 40 Proz. notieren. Ein Vordruck für die Gläubiger würde darin bestehen, daß nach Durchführung der Vereinfachung der Zinseszinsen der Gläubiger freigegeben werden soll. Ob ohne die starken Anreize, die die deutsche Aufrüstung an die Devisenbilanz stellt, eine so weitgehende Zusammenziehung der deutschen Auslandsschulden notwendig, und ob sie dem Wiederaufbau des deutschen Auslandskredits selbst förderlich wäre, kann dahingestellt bleiben. Letzten Endes würde eine solche Maßnahme nämlich ein gewisses Maß an Konfiskation (Zwangvergleich) erinnern.

Die Zukunft der deutschen Finanzwirtschaft ist jedenfalls in völliger Dunkelheit gehüllt. Drosselung der Ausgaben mit dem Erlöse vermehrter Arbeitslosigkeit oder Weiterführung der bisherigen Politik mit der Aussicht auf schwerste Folgen für die Währungsfrage, das sind die beiden Wahlmöglichkeiten der deutschen Finanzpolitik. Denn daß Dr. Schacht zu dem radikalen Mittel einer Vermögensabgabe in beträchtlicher Höhe zur Verwirklichung der Budgetlücke greifen sollte, ist nach seiner ganzen Einstellung kaum anzunehmen. Man wird mit Spannung abwarten müssen, wie die deutsche Regierung aus der Zwickmühle, in der sie sich befindet, herauszufinden versuchen wird.

Die ausländischen Pressevertreter

Ausschläglicher Bericht auf einer Generalversammlung Auf der Generalversammlung des Vereins der Auslands-Presse in Berlin wurde vom Vorstand erklärt, daß auch im vergangenen Jahre in zahlreichen Fällen bei Berichterstattungen, Ausweisungen und Hausverboten, die ausländischen Journalisten gegenüber zur Anwendung kamen. Interferiert werden mußte. Trotz den Bemühungen des Vereins gelang es bei fünf Mitgliedern nicht, die Ausweisung zu verhindern. Ein weiterer Aufenthalt der Betroffenen in Deutschland wurde von den zuständigen Stellen von Bedingungen abhängig gemacht, die weder die Korrespondenten noch deren Redaktionen annehmen konnten. Der bisherige Vorsitzende des Vereins, der Chefkorrespondent der Associated Press, Rosner, der einstimmig wiedergewählt wurde, erklärte, stets für die Freiheit der Pressevertreter einzutreten zu wollen und allen bedrängten Kollegen beizustehen.

Fliegerausbildung der Schüler

Ansprachen der Minister Rust und Goering Die als Wanderrichtung gedachte Pädagogische Reichsausschaltung „Schule und Luftfahrt“ wurde am Montag in Berlin eröffnet. Reichsminister Rust erklärte u. a.: Der Wunsch jedes Jungen sei es, Flieger zu werden, und deshalb sei die Fliegerische Ausbildung Gegenstand für die gesamte heutige Jugend, die vom Wiedellaub bis zum größten Ingenieur herangebildet werden müsse, eine Ausbildung, die nicht erst nach Abschluß der Schule in irgendwelchen Fachschulen begonnen werden könne. Minister Goering dankte Minister Rust für seine Worte. Sein Wunsch möge allen Beteiligten beweisen, daß er diese Ausbildung nicht als unbedeutend und nebensächlich ansehe. Er wolle der deutschen Jugend sagen, daß sie schon von Anfang an mit dem Gedanken der Fliegerei vertraut gemacht werden müsse. „Ich brauche Ingenieure mit vielleicht noch kühnerem Denken, die das Unmögliche möglich machen.“

Ein Schritt in das Dorf

Bauer und Schulungsstufe Vor einiger Zeit gingen durch die reichsdeutsche Presse Meldungen über Zwischenfälle und Verhaftungen auf dem Lande. In gewissen Gegenden war man mit der Haltung der Bauernschaft nicht einverstanden. Sie zeigte aufsehend nicht das genügende Verständnis für manche Maßnahmen auf agrarpolitischem Gebiet. Auf dem Lande sollen nun sogenannte SS-Landgruppen gebildet werden, und zwar aus den ältesten SS-Männern. Der neuen Organisation soll die staatspolitische Schulung der Landbevölkerung anvertraut werden. Den Landwirten können nur SS-Leute bis zum Alter von 25 Jahren beitreten. Ob diese Schulung allerdings die gewünschten Erfolge haben wird, muß man bezweifeln, denn wenn auch die jüngere Bauernschaft gewirkt werden soll, so bleibt doch der Einfluß der älteren und erfahreneren Bauern bestehen.

Wiederzusammentritt der Flottenkonferenz. Die Londoner Flottenkonferenz tritt heute zum erstenmal seit dem Tode König Georgs wieder zusammen. Auf der Tagesordnung steht zunächst der bisher ungeklärte britische Vorschlag einer Herabsetzung der Schiffstonnage und der Geschwindigkeit. Es gilt jetzt als kaum noch zweifelhaft, daß der englische Vorschlag von den anderen Staaten abgelehnt werden wird. Das einzige greifbare Ergebnis der Konferenz würde daher der Plan eines Austausches von Mittelungen über die jährlichen Bauprogramme sein. Dieser Plan wird in der nächsten Woche abgelehnt besprochen werden. Professor Jäger nimmt seine Vorlesungen wieder auf. Professor Jäger von der Pariser Rechtsakademie, der Vertreter Deutschlands vor dem Schlichtungsausschuß des Völkerbundes, wird erst am kommenden Sonntag seine erste Vorlesung

nach Wiedereröffnung der Fakultät halten. Wie verlautet, sollen äußerst scharfe Maßnahmen angekündigt werden sein, die die Ruhe und Ordnung an diesem Tage gewährleisten sollen. Nur die geringe Mehrheit von Studenten habe sich noch gegen die Wiederaufnahme der Vorlesungen durch Professor Jäger ausgesprochen. Falls es wirklich zu neuen Zwischenfällen kommen sollte, sei die Schließung der Fakultät für längere Zeit und ein gegen etwaige Beteiligte sollen scharfe Disziplinarmaßnahmen ergreifen werden.

Die Auswanderung der Juden

100 000 Juden aus Deutschland — Ein Fonds wird gesammelt

In St. Louis (Staat Missouri) fand ein Kongreß der Vertreter der amerikanischen Juden statt, auf dem der englische Delegierte, Sir Samuel, erklärte, die Juden in England und Dollar zur Finanzierung der Auswanderung von 100 000 Juden aus Deutschland zu sammeln. Der amerikanische Bankier Felix Wartburg fügte hinzu, daß 10 Millionen davon von den amerikanischen Juden gesammelt werden, während die restlichen 5 Millionen Dollar die englischen Juden zu geben haben.

Danziger Nachrichten

Adolf Bartel gestorben

Im Königsberger Untersuchungsgefängnis gestorben Aus Königsberg kommt die Nachricht, daß der frühere Krankentrassenleiter und Redakteur Adolf Bartel dieser Tage in einem dortigen Gefängnis verstorben ist. Er war im Herbst des vorigen Jahres verhaftet worden, nachdem die Gestapo bei ihm eine Hausdurchsuchung vorgenommen und angeblich belastendes Material gefunden hatte. Soweit wir unterrichtet sind, konnte man ihm aber scheinbar keinen Prozeß machen, endlich ihn jedoch auch andererseits nicht aus der Haft. Bartel, der etwa 65 Jahre alt war, erkrankte sich bis zu seiner Verhaftung bester Gesundheit. Ueber die nähere Ursache seines Todes ist bisher nichts bekannt geworden.

In der Vorkriegszeit war Adolf Bartel einer der bekanntesten Persönlichkeiten innerhalb der Danziger und rednerische Begabung wurde der junge Schloffer bald in der damaligen Arbeiterbewegung Danzigs bekannt und um die Jahrhundertwende von den in der Mehrzahl freigewerkschaftlichen Mitgliedern zum Geschäftsführer der Krankentrassen „Die treue Selbsthilfe“ gewählt. Während des Weltkrieges siedelte er aus seiner Heimatstadt Danzig nach Königsberg über, um die Redaktion der dortigen sozialdemokratischen Zeitung zu übernehmen. Im Jahre 1920 war er Redakteur der „Danziger Volksstimme“. In den späteren Jahren lebte er als freier Journalist wieder in Königsberg.

Die Danziger Sozialdemokratie hatte Bartel 1903 in Danzig zum Reichstagskandidaten aufgestellt und seiner hervorragenden agitatorischen Begabung war es mit zu verdanken, daß sich die sozialdemokratische Stimmenzahl in Danzig bei der Reichstagswahl 1903 auf 600 gegenüber 3000 sozialdemokratische Stimmen bei der Reichstagswahl 1898 steigerte. Besondere Verdienste hatte Bartel um die Gründung der Danziger sozialdemokratischen Presse. Die Vorgängerin der „Danziger Volksstimme“, die Wochenzeitung „Volkswacht“, veröffentlichte von ihm eine große Anzahl scharfschneidender Artikel, die stets weitestgehende Beachtung in der Öffentlichkeit fanden, besonders seine Kritik der reaktionären kommunalpolitischen in Danziger Rathhaus. In der Nachkriegszeit betätigte er sich an führender Stelle in der Vereinigung der Danziger im Ausland und organisierte mit großem Geschick die Heimkehrfahrten dieser Vereinigung. Schließlich verdrängte ihn aber reaktionäre Kreise aus dieser Tätigkeit, weil er ihnen als früherer Sozialdemokrat trotz seiner nationalsozialistischen Betätigung unzuwidermäßig in der Vereinsleitung erschien.

In seiner charakteristischen Veranlagung war Bartel eine unprätentiöse Persönlichkeit. Sein leidenschaftliches Temperament und sein beachtliches Wissen führten ihm viele Freunde zu, die begeistert an ihm hingen. Durch sein übertriebenes Selbstbewußtsein ließ er aber andererseits auch große Kritik der Partei und der Gewerkschaften zufließen, und so ist es wohl auch zu erklären, daß er sich nach dem Weltkrieg in Danzig und in Königsberg mit der Partei überworfen hat. Er landete schließlich bei den Nationalsozialisten, die eine Art nationalsozialistische Politik propagierten. Den Kassenführer ernannte Bundesgenossen gegen den Marxismus. Soweit sie sich aber eine gewisse kritische Selbstständigkeit gegenüber dem Nationalsozialismus bewahrten und nicht ganz die sozialistischen Ideale ihrer Vergangenheit verlegten, wurden sie den Nazis aber schließlich unbenommen. Wahrscheinlich liegt in dieser Entwicklung auch der Grund zur Verhaftung Adolf Bartels. Er, der noch bei der letzten Volksstimmwahl unter dem Namen Paul Beneke in den gleichgeschalteten deutschen Gewerkschaftsleitungen in hemmungsloser Weise die Danziger Sozialdemokratie angriff und so den Nationalsozialisten Vorkämpfer leistete, mußte sein Leben als angeblicher Hochverräter in einem Gefängnis des Dritten Reiches beschließen.

Die Urteilsgründe im Beamtenprozeß

In den Urteilsgründen, die zwar bei der Verurteilung des Urteilspruchs im Beamtenprozeß nicht bekannt gegeben wurden, die aber den Klägern zugeleitet werden, stellt die Zivilkammer zunächst fest, daß zehn Danziger Beamte, die in der Zeit vom 3. bis zum 9. Juli 1935 aus Anlaß einer Versammlung des inzwischen aufgelösten Bundes nationaler Beamten vom 29. 6. 35 durch die Polizei festgenommen waren, Schadenersatz in Höhe von einigen Gulden und eine billige Entschädigung an Geld verlangen. Die Kläger hatten behauptet, so sagt die Zivilkammer, daß sie zu Unrecht von der Polizei festgenommen und in Polizeihaft gehalten wurden. Zwei der Kläger, die später in Schutzhaft genommen sind, machen weiterhin geltend, daß die Voraussetzung für die Anordnung der Schutzhaft nicht vorgelegen habe. Die Zivilkammer sagte dann, daß die Frage zu prüfen war, ob die Festnahme durch die Polizei damals vom Standpunkt eines Polizeibeamten völlig unangemessen war. Diese Frage habe die Kammer für die am 3. Juli erfolgten Festnahmen verneint, mit Ausnahme des Klägers Zschalke, der, wie das Gericht sagt, durch eine Verletzung von Zufällen festgenommen wurde. Das Gericht meint, daß die Polizei mit unbefangener Entschlußfindung ihren Dienst zu versehen und damit schlagartig einzugreifen habe. Ein Verstoß gegen die Polizei zu dieser Zeit, nämlich im Anfang der Ermittlungen, sei nicht feststellbar. Ebenfalls hat die Kammer das Verschulden der Polizei insoweit verneint, als sie nach Verhaftung des Verurteilten der Beamtenversammlung vom 29. 6. 35 in der breitesten Öffentlichkeit gegen die Hauptredner

Die Frauen melden sich

Anläßlich der bevorstehenden Vertrauensratswahlen richtet die Reichsreferentin der NSDAP, „Stein und Erbe“, Hildegard Bantzer, im „Informationsdienst“ einen Appell an die Betriebsführer, Zellenobstente und Betriebswähler, bei Aufstellung der Liste der Vertrauensmänner die Frauen nicht zu vergessen. Wenn bisher nur wenige Betriebe eine Frau für den Vertrauensrat hätten, so weil das Arbeitsordnungsgebot nur von Vertrauensmännern spreche. Dabei sei aber das Wort „Mann“ nicht wörtlich zu nehmen. Es könne vielmehr jeder Arbeitskamerad, gleich ob er weiblichen oder männlichen Geschlechtes ist, Mitglied des Vertrauensrates sein. In den Betrieben also, wo Frauen in großer Zahl vertreten sind, sei es nicht nur zulässig, sondern für die Frauen von größter Wichtigkeit, daß sie im künftigen Vertrauensrat durch eine ihrer Arbeitskameradinnen vertreten werden. Es gebe Dinge, die eine Frau nie einem Mann anvertrauen werde, und Mühe und Sorgen, über die sich die Frau nur zur Frau aussprechen könne.

Finnische faschistische Jugendorganisation aufgelöst. Die finnischen Behörden haben die faschistische Jugendorganisation „Si-Mimusta“, deren Führer in den mikhailistischen Staatskrieg der finnischen Kriegsteilnehmer verwickelt war, aufgelöst.

dieser Versammlung durch Anordnung der Schutzhaft vorgegangen ist.

Eine Verletzung der der Polizei obliegenden Amtspflicht hat das Gericht aber darin erblickt, daß die Polizei wegen dieser Vorgänge den am 29. 6. 35 nicht in Danzig anwesenden Kläger Dr. Zschalke festgenommen und trotz der fortgeschrittenen Ermittlungen noch am 4., 5. und 9. Juli 1935 in Haft behielt. Schuldveracht habe nicht vorgelegen.

Den Prauser Täter ermittelt

Der Mordfall auf den sozialdemokratischen Gemeindevorsteher

Wie wir unlängst berichteten, wurde der sozialdemokratische Gemeindevorsteher von Praus, der frühere langjährige sozialdemokratische Präsident des Volkstages, Erik Spill, gerade, als er das Amtsgelände, in welchem eine Gemeindevorsteherkonferenz stattfand, hatte verlassen wollte, von zwei Personen hinterlistig überfallen und bewußtlos geschlagen. Sicher stellte diese politische Gewalttätigkeit, begangen an einem über sechzig Jahre alten Mann, durchaus keine Selbsttat dar; wo der Geist nicht mehr ausgerichtet, beginnt bekanntlich die rohe Gewalt. Diese höchst unfaire Handlung wird auch nicht zur „Ueberzeugung“ gezwungen haben, sondern das Pflichtgefühl, im Interesse und für das Wohl des Volkes tätig zu sein und den einmütigen im Leben als richtig erkannten Weg bis ans Ziel fortzusetzen, noch mehr geklärt haben.

Wie wir mitteilen, war gegen die vermeintlichen Täter bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gestellt worden. Von dritter Seite waren die Täter erkannt worden. Bei der nunmehr erfolgten Gegenüberstellung ist als einer der Täter einwandfrei ein gewisser Otto Neubauer aus Praus festgestellt worden. Neubauer ist der Prauser Neubürgermeister und ein führender in der Prauser Volksfront und ist die Tätigkeit eines Parteiführers aus. In der nationalsozialistischen Formation bekleidet er das Amt eines Obertruppführers der Motor-SS-Standard. Neubauer hat in der Politik in den letzten zehn Jahren eine besondere Stellung eingenommen, da er im Laufe der Zeit von der äußersten Linken zur NSDAP hinübergewechselt ist.

Faustrecht in Lausental?

Am Sonntagabend, nachts gegen 1 Uhr, entspann sich in Lausental auf einem Vergnügen eine Schlägerei, bei der auch ein uniformierter SS-Mann Prügel bezog. Infolge dieses Voralles glaubte sich der Sturm, dem der Betreffende angehört, verpflichtet, Selbstjustiz zu üben. Am Sonntag wurde der SS-Sturm in Neuhäuser a. d. Lausental und verurteilt, aber die SS-Leute durch Lausental und verurteilt, der an der Schlägerei Beteiligten habhaft zu werden.

Die altgermanische Sitte des Vergeltens, d. h. die Ablösung der Rache durch Geldzahlung, scheint auch zu den Rechtsbegriffen der SS zu gehören. Der Sturmführer des SS-Sturmes wurde bei dem Vater eines der in die Schlägerei Verwickelten vorstellig und erklärte dabei, wie uns berichtet wird, die SS würde auf die Vergeltung verzichten, wenn 15,- Gulden an den Sturmführer und 60,- Gulden an den Verletzten gezahlt würden. Auf den Hinweis, daß für eine eventuelle Verurteilung doch Polizei und Gerichte da wären, erklärte der Sturmführer, es sei ja Geld der SS.

Da einer der an der Schlägerei Beteiligten schon einmal beinahe in die Hände der SS-Leute gefallen ist und ihnen nur durch einen Zufall entkam, dürfte es an der Zeit sein, daß die Polizei sich einmal um diese Vorgänge kümmert.

Danziger und Gdingener Schiffsliste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Eil. D. „Kastor“, ca. 30 Mt. 1. jällig, Pam; dan. D. „Zove“, 30 1. jällig, Pam; dan. D. „Sonja“, 30 1. jällig, Klotz; dän. D. „Phila“, 30 1. jällig, Als; brit. D. „Benacre Head“, 30 1. jällig, Behne & Sieg; dan. D. „Apollo“, 30 1. jällig, Behne & Sieg; dan. D. „Martin Goldschmidt“, 28 1. von Apenhagen, Polko.

Im Gdingener Hafen werden erwartet: D. „Albert“, 29 1. jällig, Polrob; D. „Hobur V“, 29 1. jällig, Polrob; D. „Hobur VI“, 30 1. jällig, Polrob; D. „Ergia“, 3 2. jällig, Bergense.

Es liegen an der Rede vor Gdingen: D. „Warsawa“, 28 1., 4.20 Uhr, Polbrit.

Wasserstandsrichten der Stromweichsel

vom 29. Januar 1936

	28. 1. 29. 1.	28. 1. 29. 1.	
Thorn	+1,78 +2,44	Montaur Spitze +1,28 +1,32	
Fordon	+1,72 +2,00	Biedel	+1,37 +1,40
Gulm	+1,66 +1,80	Dirschau	+1,38 +1,43
Grundenz	+1,85 +1,91	Einlage	+2,56 +2,52
Kurzbrad	+2,06 +2,10	Schlewenhorst	+2,70 +2,68
	26. 1. 27. 1.		26. 1. 27. 1.
Krajan	— —	Romy Sacy	+1,06 +
Zamischoff	+2,64 +	Przemysl	— 1,55
Warschau	+1,54 +2,56	Wyszow	+ +1,07
Plotk	+1,53 +1,45	Pustul	+1,65 +

